

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung des Hefts für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto tragen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Einwirkung des Grundgesetz huldigen Reich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., möglichste Geldüberweisung, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 60b.

Die sozialistische Kampfbewegung über deren Namen steht S. 1. M. einschließlich Feuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das feinstdruckte Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsbeitrag. Große Anzeigen laut Tarif. Werbeführer: das feinstdruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druckerei: Jentzen 1930, 2645, 4518, 4603, 4625, 4640, 4622

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Nicht Glauben, sondern Erkenntnis!

„O du frühliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit.“

Nicht freudespägend, sondern wie eine schneidende Anklage klingen die Worte des Weihnachtsliedes in die trübe Gegenwart hinein. Frohsinn? Wer kennt ihn heute, mit Ausnahme einer kleinen Schicht prästender Drogen, die dem Grundgesetz huldigen. „Nach uns die Sintflut!“ Seligkeit und Gnade? Wer empfindet sie jetzt, mit Ausnahme jener wunderlichen Käuze, die aus der düsteren Wirklichkeit in das Reich übersinnlicher Vorstellungen und religiöser Mystik flüchten.

Es war immer eine fromme Lüge, wenn die Vertreter der Kirche, diese treuesten Diener der bestehenden Gesellschaftsordnung, die sozialen Leiden als „gottgewollte“ Dinge hinstellten und die Not und das Elend der unteren Volksschichten mit salbungsvollen Worten einhüllten. Die Priester logen, wenn sie die Lehre des Christentums, die Religion der Entbehrten und Entrechteten, in eine Religion des Duldens und Entfagens umfälschten und sie in den Dienst der herrschenden gesellschaftlichen Sklaverei stellten. Doch wohl noch nie ist die offizielle christliche Lüge den breitesten Massen so deutlich zum Bewußtsein gekommen, wie in der heutigen Zeit, wo mit dem Zusammenbruch der überlieferten staatlichen und wirtschaftlichen Formen jene gewaltige „Umwertung aller Werte“ eingeleitet hat, die dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, der Schaffung eines neuen, freien Menschenbildes vordringen muß.

Schon einmal haben die Völker des europäisch-asiatischen Kulturkreises eine Krise durchgemacht, die der heutigen Krise der kapitalistischen Welt sehr ähnlich sieht. Es war vor 2000 Jahren, zur Zeit des Verfalls des römischen Weltreiches, des Unterganges der antiken Kultur, die an ihren inneren ökonomischen Widersprüchen zugrunde ging. Die heutige Zeit zeigt dieselben Widersprüche und Verfallserscheinungen. Die kapitalistische Wirtschaftsform, die sich mehr oder minder in allen Ländern und Erdteilen durchgesetzt und die Produktivkräfte zur ungeheuren Entfaltung gebracht hat, ist gegenwärtig nicht mehr imstande, die ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen. Die periodischen Krisen, die der kapitalistischen Produktionsweise eigen sind, sind jetzt, verschärft durch den Weltkrieg und die Zerstörung der Wirtschaft, umgekehrt in ein solches Weltwirtschaftskrisis, die auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens einen chronischen Krisenzustand bedingt.

Nicht nur die besiegten Staaten, die mehr und mehr auf das Niveau von Völkern herabsinken, auch die Siegerstaaten spüren in zunehmendem Maße die herausziehende Krise der Weltwirtschaft. Abschöpfung und Produktions-einschränkung in den siegreichen Ländern ist die natürliche Folge der zunehmenden Verelendung der besiegten Länder. Jetzt zeigen sich die ökonomischen Folgen des Weltkrieges, mit seiner wahnwitzigen Güter- und Menschenvergeudung, der namentlich in den mitteleuropäischen Ländern den Ruin der Wirtschaft und des Staatshaushaltes herbeigeführt hat.

Der Kapitalismus, der den Weltkrieg herausbeschwor, ist unfähig, seine Folgen zu beseitigen. Alle dahinjagenden Versuche sind sowohl auf internationalem wie auf nationalem Boden zum Scheitern verurteilt. Auf internationalem — weil die klaffenden Gegensätze zwischen den imperialistischen Gruppen eine Zusammenarbeit unmöglich machen. Auf nationalem — weil die Kapitalistenklasse weder imstande ist, die Produktion zu steigern, noch willens und fähig, die Existenz der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung sowie die Existenz des Staates sicherzustellen.

In der jetzt zur Reife gehenden Geschichtsperiode war der Kapitalismus eine den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung angepaßte Wirtschaftsform. Jetzt jedoch wird er nicht nur zum Hemmnis der weiteren Entwicklung, jetzt rebelliert das Lebensinteresse der Gesellschaft gegen die Fortdauer dieser Wirtschaftsform. Das Gesamtinteresse der Gesellschaft verlangt die Ausschaltung des kapitalistischen Produktionsmittels in den jenseitigen und die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz und die Verwaltung der Gesamtheit; es lehnt an die Stelle der kapitalistischen Anarchie die planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft. Der Inhalt des gesellschaftlichen Chaos der in Blut und Elend untergehenden kapitalistischen Welt leuchtet als einziger Wegweiser in eine neue bessere Zukunft die Idee des Sozialismus hervor.

Die christliche Legende erzählt von dem Stern von Bethlehem, der über der elenden Krippe leuchtete, in der Jesus, der Erlöser der Welt, geboren wurde. Für die untergehende Welt der römischen Sklavensklaverei war dieser Stern das Symbol der Befreiung. In leidenschaftlicher Sehnsucht harrten die Millionen der Armen und Unterdrückten, die Millionen der Sklaven des Erlösers, der das tausendjährige Reich der Gerechtigkeit und Liebe auf Erden errichten sollte. Doch das Christentum, in seiner ursprüng-

lichen primitiv-kommunistischen Form, vermochte zwar den Pauperismus, die ungeheure Not der zahlreichen Armen zu lindern, es war aber nicht imstande und konnte nicht imstande sein, eine neue Produktionsweise zu begründen, eine soziale Revolution herbeizuführen.

Das Christentum war in dem Reiche der römischen Sklavensklaverei und Patrimonialwirtschaft eine revolutionäre Lehre, da es eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, eine andere Verteilung des Besitzes anstrebte. Aber der ursprüngliche Kommunismus suchte sein Betätigungsfeld nicht in der Sphäre der Produktion, sondern in der des Konsums. Nicht die Vergesellschaftung der Erzeugung, nicht die Schaffung einer vollkommeneren Produktionsweise war sein Ziel, sondern die Ausgleichung des Genusses, des Verbrauches. Dieser „Verbraucher-Kommunismus“ ist typisch für alle Zeiten und Länder mit unentwickelten Produktionsformen (so auch für den bolschewistischen Kommunismus in Rußland). Er war deshalb nicht imstande, die soziale Frage der untergehenden antiken Welt zu lösen und das römische Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das Christentum verlor hierbei mehr und mehr seinen ursprünglichen kommunistischen Charakter. Es wurde zur Staatsreligion erhoben und in die starren Formen der offiziellen Kirche gepreßt. Diese jedoch wurde aus einer kommunistischen Anstalt, nach Augustus Wort, „die riesenhafteste Ausbeutungsmaschine, welche die Welt gesehen“.

Heute steht die kapitalistische Welt vor derselben Schicksalsfrage, wie die untergehende Antike. Doch heute leuchtet den Millionen der Unterdrückten und Ausgebeuteten ein anderer Stern als der Stern von Bethlehem. Es geht zwar daselbst Sehnen nach Gleichheit und Freiheit durch die Welt wie vor 2000 Jahren, als Tausende von Männern und Frauen sich für das neue Evangelium der Menschheit opferten. Aber der Inhalt dieses Sehnsens ist, in gesellschaftlicher Beziehung, nicht rückwärts, sondern vorwärts gerichtet. Nicht vorübergehende Bänderung der Not durch Ausgleichung des Genusses, bei gleichzeitigem Rückgang der Produktion, sondern größtmögliche Steigerung der Produktion durch ihre Uebernahme in gesellschaftliche Verwaltung ist das Ziel des modernen Sozialismus.

Die gewaltige Steigerung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Periode, die Fortschritte der Technik und die Beherrschung der Naturkräfte durch den Menschen schufen die Vorbedingungen für die Verwirklichung des neuen gesellschaftlichen Ideals. Gleichzeitig entstand im modernen Proletariat jene Macht, die allein imstande ist, jenes Ideal in die Wirklichkeit umzusetzen. Das Proletariat schöpft seinen Antrieb zum Kampf nicht aus irgendeinem Wunderglauben, sondern aus der Erkenntnis, die ihm der wissenschaftliche Sozialismus verleiht. Es wartet nicht auf den „Erlöser“, denn die Geschichte der Klassenkämpfe hat ihm die Erkenntnis eingebläut, daß es sich nur aus eigener Kraft zu erlösen vermag. War diese Kraft und diese Erkenntnis bisher nicht genügend entwickelt oder durch Rückschläge in kleinbürgerlichen Reformismus gehemmt, so hat der Krieg wenigstens das eine Gute vollbracht, daß er den Blick des Proletariats für die sozialistischen Endziele schärfte und seine revolutionären Energien steigerte, während andererseits die durch den Krieg heraufbeschworene wirtschaftliche und politische Krise vor der gesamten Gesellschaft die Schicksalsfrage aufgerollt hat: entweder, wie die Gesellschaft des römischen Weltreiches, in Barbarei zu versinken, oder sich auf sozialistischer Grundlage neu zu gestalten.

Die entscheidende Frage unserer Zeit ist, daß die Arbeiterklasse die Kraft und die Fähigkeit ausbringt, der Träger der neuen Gesellschaft, der Baumeister der neuen Welt zu sein. Die Geschichte hat ihr, als der Totengräberin der alten Gesellschaft, diese Aufgabe zugewiesen. Von ihrer Entschlossenheit, ihrer Erkenntnis, ihrer geistigen und organisatorischen Reife hängt es ab, daß die Agonie den verfaulenden kapitalistischen Gesellschaftskörpers abgeklärt wird und die Menschheit endlich jenen Sprung wagt, der sie aus der Abhängigkeit von von ihr selbst geschaffenen Dingen befreit: den Sprung „aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“.

Der Kommunismus als Ideologie

Die materialistische Geschichtsauffassung hat uns gelehrt, die großen sozialen und politischen Ideen nicht als selbständig wirkende Kräfte aufzufassen, sondern als Ziele, die sich die verschiedenen Schichten und Klassen der Gesellschaft gemäß ihren ökonomischen Interessen geben. Jede Klasse versucht die ihr eigentümlichen besonderen Interessen als das Gesamtinteresse der Gesellschaft darzustellen und es als ein allgemeines, für alle verbindliches Ideal zu formulieren. Zugleich verschwindet in dieser Formulierung das Beschränkte, nur der besonderen Schicht oder Klasse angemessene Interesse ruft an einer allgemeinen, möglichst umfassenden, alle Gesellschaftsmitglieder verpflichtenden Idee.

So hat das Bürgertum in seiner ersten Epoche in der Revolution den Kampf gegen die feudalen Gewalten an-

Kampf um die religiöse Freiheit begonnen und ihn schließlich in der französischen Revolution als Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zum Siege geführt. Da der Sieg des Bürgertums zugleich einen außerordentlichen Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung bedeutete, erschienen seine Forderungen auch den anderen unterdrückten Klassen der feudalen Gesellschaft, dem Kleinbürgertum, den Bauern und Arbeitern als allgemein gültig. Die bürgerliche Ideologie beherrschte so alle fortschrittlichen Kräfte der damaligen Gesellschaft, bis dann im Laufe der Revolution es sich sehr reich herausstellte, daß die gleichen ideologischen Begriffe bei den verschiedenen unterdrückten Klassen ganz verschiedenen materiellen Inhalt deckten. Beschränkte das Bürgertum seine Gleichheitsforderung auf die formale Rechtsgleichheit, so meldete das Proletariat damals schon die ökonomische Gleichheit als seine Forderung an und innerhalb derselben noch gemeinsamen Ideologie begann der Kampf um ihre richtige „Auslegung“, dem in Wirklichkeit das verschiedene Klasseninteresse zugrunde lag.

Vor der Entbindung der Klassengegensätze in der revolutionären Periode zeigte sich aber die Macht der hauptsächlich von der französischen Aufklärungsphilosophie geschaffenen Ideologie. Überall, wo politische oder soziale Kämpfe im Gange waren, beriefen sich die Kämpfenden auf diese Ideologie zur Verteidigung ihrer Sache. Absolutistische Herrscher, die wie Friedrich II. in Preußen oder Joseph II. in Oesterreich die zentrale Staatsgewalt gegen die feudalen Privilegien festigen wollten, bekannten sich mit mehr oder weniger weitgehenden Einschränkungen zu den Gedankengängen, die in ihrem Ursprungsland bestimmt waren, später als geistige Rüstzeug zur Zertrümmerung des Absolutismus zu dienen. Die reale Rückständigkeit Mittel- und Osteuropas hinderte die westeuropäische Ideologie nicht, zur allgemein herrschenden zu werden, sie bewirkte nur, daß die realpolitische Entwicklung trotz gleicher Ideologie sich ganz verschieden gestaltete.

Was für das Jahrhundert der bürgerlichen Aufklärung die Lehren der französischen Enzyklopädisten bedeutete, das bedeutete für das 20. Jahrhundert der Marxismus. In den industriell entwickelten Gebieten ist er nichts anderes als das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse über ihre historische Aufgabe. Hier deutet sich das Klasseninteresse und seine wissenschaftliche Formulierung. Aber selbst in diesen Gebieten gibt es Phasen der Arbeiterbewegung, wo das dauernde revolutionäre Ziel hinter den Gegenwartsinteressen zurücktritt und zu einer reformistischen Umdeutung der revolutionären marxistischen Lehre führt. Daß aber diese Umdeutung vorgenommen und nicht etwa der Marxismus selbst preisgegeben wird, beweist, wie stark und allgemein herrschend sein geistiger Einfluß geworden ist.

Das zeigt sich noch deutlicher in ökonomisch rückständigen Gebieten. Hier wird der Sozialismus zur Ideologie für alle unterdrückten oder kämpfenden Schichten. Er hört auf, das Rüstzeug für die proletarische Opposition zu sein, und seine Forderungen werden zu denen aller Unterdrückten. Das erklärt sich einerseits daraus, daß die sozialistische Opposition die wirklich gründliche, radikale Opposition gegen jede Unterdrückung darstellt, weil sie mit der Beseitigung der Klassenherrschaft jeder Unterdrückung von Menschen durch Menschen ein Ende setzen will. Und solange Kleinbürgerliche oder Kleinbäuerliche Schichten oder auch ganze unentwickelte Nationen sich unterdrückt fühlen, sind sie und insbesondere ihre Intelligenz gerade den radikalsten Gedanken zugänglich. Erst wenn sie liegen und insofern besten aus beherrschten zu herrschenden Schichten werden, zeigt sich der nur ideologische Charakter, den die sozialistischen Gedankengänge bei ihnen in Wirklichkeit gehabt haben. Das allgemein sozialistische Bewußtsein wird verlassen zugunsten der Durchführung beschränkter Klasseninteressen.

Schon in einer früheren Periode war diese Umwandlung des wissenschaftlichen Sozialismus zu einer allgemeinen politischen Ideologie deutlich erkennbar. Vor der ersten russischen Revolution bekannten sich fast alle politischen Intellektuellen Rußlands zum Marxismus. Als aber die Revolution den aruten Klassenkampf entband und die verschiedenen Klassen vor die Verwirklichung ihrer wahren Ziele stellte, da wurde der Marxismus sehr bald beschränkt auf die eigentlichen Führer des industriellen Proletariats, während die bürgerlichen Intellektuellen meist nach einem kurzen Gastspiel beim Revisionismus zum größten Teil seine beständigen Bekämpfer wurden.

Der Sieg der zweiten russischen Revolution gab aber dem Marxismus als allgemeine revolutionäre Ideologie eine neue Verbreitungsmöglichkeit und Expansionskraft. In seiner neuen kommunistischen Auslegung und Anpassung wird er wieder zu der Ideologie aller derer, die von einer Unterdrückung der russischen Sowjetmacht eine Förderung ihrer Interessen erwarten. Dieser Kommunismus verliert jede Beziehung zu der ökonomischen Basis, er hört auf, das politische System des Proletariats zu sein. Er wird zu einer allgemeinen oppositionellen Machsideologie. Türkische Nationalisten, die die Herrschaft der türkischen Herrscherklasse wieder aufzurichten wollen, arabische Stämme, die gegen den Druck der westeuropäischen Mächte aufstehen, indische Nationalisten und ägyptische Nationalisten

listen, die die englische Herrschaft abschütteln wollen, sie alle fühlen sich solidarisch mit Sowjetrußland und der Ausbruch dieser Solidarität ist das Bekenntnis zum Kommunismus, zur Sowjetmacht, zur Räterepublik, zur 3. Internationale. . .

Anders liegen die Verhältnisse im Westen. Hier können wir beobachten, daß gerade in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern der Kommunismus in seiner russischen Ausprägung sehr bald auf bestimmte Schranken stößt und die Erfahrung gerade der letzten Zeit zeigt deutlich, daß, je entwickelter das Proletariat, desto geringer der Einfluß, den der Kommunismus gewinnt. Zugleich hat in diesen entwickelten Ländern der Kommunismus keine Aussicht, außerhalb des Proletariats irgendwie Einfluß zu gewinnen. Dazu sind die Klassenverhältnisse bereits zu deutlich herausgearbeitet. Anders steht es in jenen Gebieten, wo der Kapitalismus seine Entwicklung erst beginnt und wo neben dem Proletariat andere sich unterdrückte Schichten im Kampfe stehen. Ist doch äußerst radikale Formulierung und Unterschätzung der sich entgegenstehenden Schwierigkeiten überhaupt Kennzeichen jeder beginnenden proletarischen Bewegung.

Der Beweis dafür läßt sich mit beinahe mathematischer Genauigkeit an der Hand der letzten Wahlen für die jugoslawische Konstituante führen. Die Kommunisten erhielten bei den Wahlen am 28. November von 417 Mandaten 58 und es ist nun recht interessant, zu sehen, woher diese Mandate kommen.

Von den kommunistischen Mandaten entfallen: 17 auf das alte Königreich Serbien, 14 auf Mazedonien (von 23 Mandaten des Landes), 4 auf Montenegro (von 10 Mandaten des Landes), 3 auf Bosnien und Herzegowina (63), 2 auf Dalmatien, 5 auf Kroatien und Slavonien (von 98), 3 auf Vojvodina und 5 auf Slovenien. Die 17 Mandate Serbiens sind in der sozialen und ökonomischen Natur des Landes begründet und daher verständlich. Für die kommunistische Liste stimmten nicht nur die ganze Arbeiterklasse, die hier in langjähriger ernster sozialistischer und organisatorischer Arbeit genügend geschult wurde, sondern auch die ungezählten Opfer der drei letzten Kriege: die Invaliden und Verletzten.

Aber eine kommunistische Majorität in Mazedonien, in einem Lande ohne Industrie, mit brachliegendem Handwerk, ohne Organisation, ohne jede Tradition sozialistischer Verarbeit! Mehr als drei Viertel, die da kommunistisch wählten, sind zweifellos nur Mitläufer, die der einzigen legalen oppositionellen Partei des Landes ihre Stimme gaben: als Irredentisten, als Komunisten, kurzweg als Nationalisten. Das gleiche Schauspiel bietet Montenegro! Kaum ein halbes Duzend Werkstätten finden sich in diesem Lande, die mehr als zehn Arbeiter beschäftigen. Und dieses wirtschaftlich erstorbene Gebiet entsendet von den zehn Abgeordneten vier Kommunisten. Dort sind es nicht nur Mitläufer, sondern der ganze Heerhaufen der kommunistischen Wähler ist sozial fremdartig, der Ausdruck der erbitterten oppositionellen Stimmung, die sich in der Wahl der einzigen zulässigen Oppositionspartei des Landes, eben der Kommunisten, kundgab. Die eroberten Mandate in Dalmatien verdankt die Partei der noch ungelösten Agrarfrage und den zahlreichen beklagten Intellektuellen und Kleingewerbetreibenden.

In Kroatien hingegen vermochten sich nur sechs Arbeitervertreter durchzusetzen. Weshalb? Weil dies der Stärke der Arbeiterklasse entspricht, wenn von den zahlreichen fremdnationalen Arbeitern (ähnlich in der Vojvodina und in Bosnien) abgesehen wird, die kein Stimmrecht besitzen, wobei überdies die Spaltung der Arbeiterbewegung in diesen Ländern den Wahlausgang ungünstig beeinflusst hat. Ist also Kroatien rückständiger als — Mazedonien? Gewiß nicht. Aber die große indifferente, politisch unausgesparte Masse der Wähler fand außer der kommunistischen auch eine andere ebenso entschlossene Oppositionspartei, die Radikalpartei, vor, die sie zum Siege führte. Oder sollte Bosnien mit seinen dreihunderttausend gewerkschaftlich organisierten für die soziale Revolution weniger reif als Montenegro sein? Obgleich dort die Arbeiterbewegung im großen und ganzen ungespalten ist, vereinigte die Partei nur siebzehntausend kommunistische Stimmen und drei Mandate auf sich. Warum so wenig? Weil auch in Bosnien wie in Kroatien die großen verelendeten Massen, die muslimanischen Bettler und Beklafferten und selbst auch organisierte Arbeiter, eine gleichfalls oppositionelle Partei vorfanden, mit der sie geistig inniger verbunden sind als mit der kommunistischen Partei: die jugoslawische Mohammedanerorganisation.

In der Vojvodina (Banat, Bacsa mit ihren großen Arbeitermassen) eroberten die Kommunisten und die Sozialreformisten je drei Mandate. Dort sind große Massen deutscher, ungarischer und rumänischer Arbeiter politisch entrechtet

und konnten daher nicht wählen. Dann sind noch viele serbisch-kroatische Arbeiter und Kleinbauern stark von der nationalen Ideologie befangen und dem Sozialismus noch nicht zugänglich. Dabei half der Terror der Behörden dem Siege der Bürgerlichen bedeutend nach, so daß das Wahlbild die proletarischen Kräfteverhältnisse ungünstiger erscheinen lassen, als sie in Wirklichkeit sind.

Den reifsten politischen Charakter zeigen die Wahlen in Slovenien. Dort entrollte sich schon ein moderneres Bild. Die Arbeiter sind durch 5 Kommunisten, 5 Sozialdemokraten und 2 Nationalsozialisten vertreten. Die übrigen Mandate verteilen sich zwischen Demokraten (3), Bauernpartei (8) und Christen (15). So würde, wenn man die Wahlerfolge des Südens als Zeichen der politischen Reife gelten ließe, auch das industriereiche Slovenien in seiner Entwicklung zur sozialen Revolution rückständiger als Montenegro, Dalmatien und Mazedonien erscheinen.

So zeigt sich innerhalb Jugoslawiens, daß, je rückständiger die soziale Entwicklung, desto stärker die prozentualen Erfolge der Kommunisten sind. Wobei man noch hinzufügen muß, daß innerhalb der serbischen kommunistischen Partei sich eine immer schärfere marxistische Opposition geltend macht, der sicherlich die Zukunft der serbischen Arbeiterbewegung gehört.

So deckt dieselbe kommunistische Flagge ganz verschiedenen sozialen Inhalt. Und es gehört schon außerordentliche Leichtgläubigkeit oder Leichtfertigkeit dazu, den westeuropäischen Arbeitern vorreden zu wollen, daß es eine einheitliche kommunistische Bewegung gibt.

Teleki zum zweiten Mal

Aus Wien wird uns geschrieben:

In Ungarn wurde nach einer Regierungskrise von drei Wochen ein neues Ministerium unter dem Vorsitz des Grafen Teleki gebildet. Es ist eine zweite, veränderte, aber nicht verbesserte Auflage des ersten Terrorministeriums des Pogromgrafen Teleki. Die Regierung wurde gestützt, weil die öffentliche Meinung des Landes, sogar unter dem Druck des Terrors, die gesamte anständige Presse der Welt und die Partei der kleinen Landwirte, die agrarischen Demokraten einen Kampf gegen die Terroristen forderten. Der andere Grund der Regierungskrise war die Königsfrage: die Antihabsburger wollten eine Regierung, die die freie Königswahl auf ihre Fahne schreibt, was mit der Anerkennung der von der Revolution bewerkstelligten Entthronung der Habsburger gleichgekommen wäre. Das neue Ministerium Teleki wird aber den Terroristen gegenüber ebenso machtlos sein, wie die alte. Als Symbol seiner Haltung kann es dienen, daß der Professor der Philosophie an der Budapestener Universität, Alexander Barjas, dessen mathematisch-philosophische Arbeiten von Bertrand Russell dem ungarischen Staatsanwalt als wissenschaftliche Leistungen angezeigt wurden, zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde, während am Tage der Ernennung dieses Ministeriums der Mörder- und Räuberhauptmann Baron Szabarcz, der Anführer der Britannaleute, der ungezählte Unschuldige ermordet, beraubt, mißhandelt und zu einem Monat Prozessorrest verurteilt wurde.

Habsburg — oder freie Königswahl — in dieser Frage ist das neue Ministerium Teleki ein Vorstoß der Karlisten. Der frühere Kriegsminister Sztray, gegen den die Karlisten die Anklage erhoben, daß er von der jugoslawischen Regierung gefoltert gegen die Habsburger arbeite, wurde durch einen gewissen L. und I. General (Belicika) ersetzt, der der politischen Gruppe von Stefan Tisza angehört und heute der Vertrauensmann der legitimistischen Generäle ist. Als Finanzminister trat auch ein alter Anhänger von Tisza, der führende Direktor der größten ungarischen Bank (Komerzialbank), Roland Hegedüs in die Regierung. Sein Eintritt hat die Bedeutung, daß die Regierung mit den reichen Juden einen Frieden schließen und nur die Armen verfolgen wird. Der politische Gedanke dieser Regierung ist die Vorbereitung der Wiederherstellung des verrevolutionierten Ungarn auf der ganzen Linie. Sie wird sich daran machen, die demokratischen Grundlagen der Konterrevolution, das allgemeine Wahlrecht, das Einkommenssystem, abzukassieren und auf diese Weise die Rückkehr des Habsburgers aus der Schweiz zu ermöglichen. Die Karlisten haben aus den Ereignissen in Griechenland und aus der Rückkehr Konstantins aus Athen neue Hoffnung geschöpft und sie wollen nach diesem Vorbilde vorgehen, in der Erwartung, daß die Entente, die kleine so gut als die große, die vollendeten Tatsachen einfach hinnehmen wird. Bisher wollen sie aber die Königsfrage von der Tagesordnung abheben und die monarchistische Restauration durch eine gewisse „Konsolidierung“ der Gegen-

revolution vorbereiten. Die kleinen Landwirte haben die erste Regierung Teleki gestützt, um den Kampf gegen die Terroristen führen zu können: es wurde eine Regierung eingesetzt, die mit der Unterstützung der Ermordeten Ungarn gebildet wurde. Die kleinen Landwirte haben die erste Regierung Teleki gestützt, um eine antihabsburgische Regierung zu bilden. Die Armee übergeht mit dieser Regierung Teleki in die Hände der Karlisten. Es ist wahrscheinlich, daß die kleinen Landwirte eingeschüchelt und mit habsburgischem Gelde in großem Maßstabe gekauft wurden. Wenn sie sich auflösen sollten, dann wird die Nationalversammlung aufgelöst, das allgemeine Wahlrecht durch ein Oströi abgeschafft und die Grafenpartei, die sich heute noch etwas zurückhält, offen die Führung übernehmen. Die Unruhe und die konterrevolutionären Intrigen in Mitteleuropa, die grausame Unterdrückung im Lande selbst haben in der Neuauflage des Ministeriums Teleki ein etwas anders aussehendes, aber im Grunde genommen noch gefährlicheres Werkzeug erhalten.

Stinnes und Brüssel

Der „Temps“ hat sich von Berlin dahin informieren lassen, daß die Stinnesgruppe die entgegenkommende Politik des Staatssekretärs Bergmann auf der Brüsseler Sachverständigenkonferenz bekämpfte. Stinnes und seine Freunde, deren Einfluß bis in die deutsche Delegation in Brüssel reicht, hofft, nach dem Pariser Platte, dahin zu gelangen, daß die Konferenz ergebnislos bleibe.

Diese Darstellung bringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, von der man nie weiß, wann sie der deutschen Regierung und wann sie Herrn Stinnes dient, auf den Plan. Bergmann, so erklärt sie, handele nach den Instruktionen des Berliner Kabinetts. Auch werde es Herr Bergmann ablehnen, sich das Zeugnis ausstellen zu lassen, daß er in Brüssel eine Politik des Entgegenkommens übe, und werde mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ der Meinung sein, daß die Brüsseler Verhandlungen ohne jede Sentimentalität mit größter Offenheit und nächster Sachlichkeit zu führen sind, daß vor allen Dingen bei diesen Verhandlungen nichts versprochen werden dürfe, was nicht gehalten werden könne. „Im übrigen sei festgestellt, daß der Berliner Informator des „Temps“ das Blatt glattweg angelogen hat. Wir haben es hier wieder einmal mit der von uns oft genug gekennzeichneten Hege zu tun, die darauf abzielt, die deutsche Industrie zu treffen, indem sie Herrn Stinnes diskreditiert.“

Gut geklärt! Aber will uns die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine ehrliche und klare Antwort auf die Frage geben, warum die Herren Böglert und Siemens, die beide — sagen wir einmal — von Stinneschen Einflüssen nicht frei sind, ihr Mandat für Brüssel in letzter Stunde niedergelegt haben, nachdem der demokratische Professor Bonn ebenfalls zum Sachverständigen erwählt worden war? Gibt es wirklich keinen Zusammenhang zwischen dieser Ernennung eines im Verdacht vernünftiger Erwägungen stehenden Mannes und dem Rücktritt der beiden Vertreter der Großindustrie?

Die internationale Reaktion

Pahverweigerung durch die französische Regierung

Den Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs, den Genossen Crispin und Ledebour, sind von der französischen Regierung die Pässe verweigert worden. Genosse Ledebour hat daraufhin am 24. Dezember ein Telegramm an den Kongreß unserer französischen Genossen in Tours gerichtet, das in deutscher Uebersetzung lautet:

„Reise uns leider unmöglich gemacht. Wünschen Euch guten Erfolg für proletarische Gesamtbewegung. Da auch die Schweizer Regierung auf ihrem Kongreß im November keine revolutionären Sozialisten zulassen wollte, sollten die Klassenbewußten Proletarier aller Länder aus dieser Zurückweisung unserer Vertreter die Ueberzeugung gewinnen, daß die gleichartigen und gemeinsamen Aktionen der kapitalistischen Regierungen gegen uns auch dem Proletariat ein Ansporn zu gemeinsamen Aktionen sein möchten. Nur das geeinigte, nicht das zerstückelte Proletariat wird die kapitalistischen Widerstände überwinden!“

Regien erkrankt. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß Legien sich weigert krank ist und sich seit einigen Tagen im Krankenhaus befindet. Er sagt hinzu: „Wenn auch ernste Befürchtungen über seinen Zustand bestehen, so bleibt doch die Hoffnung, daß seine kräftige Natur diese schwere Attacke überwinden wird.“ Wir schließen uns diesem Wunsche an.

Die heilige Nacht

Eine Legende
Von Selma Lagerlöf

Als ich fünf Jahre alt war, hatte ich einen großen Kummer. Ich weiß kaum, ob ich selbden einen größeren gehabt habe.

Das war, als meine Großmutter starb. Bis dahin hatte sie jeden Tag auf dem Sofa in ihrer Stube geessen und Märchen erzählt.

Ich weiß es nicht anders, als daß Großmutter dasaß und erzählte, vom Morgen bis zum Abend, und wir Kinder saßen still neben ihr und hörten zu. Das war ein herrliches Leben. Es gab keine Kinder, denen es so gut ging wie uns.

Ich erinnere mich nicht an sehr viel von meiner Großmutter. Ich erinnere mich, daß sie schönes, freideweißes Haar hatte, und daß sie sehr geliebt ging, und daß sie immer dasaß und an einem Strumpfe strickte.

Dann erinnere ich mich auch, daß sie, wenn sie ein Märchen erzählte, ihre Hand auf meinen Kopf zu legen pflegte, und dann sagte sie: „Und das alles ist so wahr, wie daß ich dich sehe und du mich siehst.“

Von allen den Geschichten, die sie mir erzählte, habe ich nur eine schwache unklare Erinnerung. Nur an eine einzige von ihnen erinnere ich mich so gut, daß ich sie erzählen könnte. Es ist eine kleine Geschichte von Jesu Geburt.

Es war an einem Weihnachtstag, als waren wir zur Kirche gefahren, außer Großmutter und mir. Ich glaube, wir beide waren im ganzen Hause allein. Wir hatten nicht mitfahren können, weil die eine zu jung und die andere zu alt war. Und alle beide waren wir betrübt, daß wir nicht zum Weihnachtsgesang fahren und die Weihnachtsschüler sehen konnten.

Aber wie wir so in unserer Einsamkeit saßen, fing Großmutter zu erzählen an.

„Es war einmal ein Mann“, sagte sie, „der in die dunkle Nacht hinausging, um sich Feuer zu leihen. Er ging von Haus zu Haus und klopfte an.“ „Ihr lieben Leute, helft mir!“ sagte er. „Mein Weib hat eben ein Kindlein geboren, und ich muß Feuer anzünden, um sie und den Kleinen zu erwärmen.“

„Aber es war tiefe Nacht, so daß alle Menschen schliefen, und niemand antwortete ihm.“

Der Mann ging und ging. Endlich erblickte er in weiter Ferne einen Feuerstein. Da wanderte er dieser Richtung zu und sah, daß das Feuer im Freien brannte. Eine Menge weißer Schafe lagen rings um das Feuer und schliefen, und ein alter Hirt wachte über der Herde.

Als der Mann, der Feuer leihen wollte, zu den Schafen kam, sah er, daß drei große Hunde zu Füßen des Hirten ruhten und schliefen. Sie erwachten alle drei bei seinem Kommen und sperrten ihre weiten Rachen auf, als ob sie bellen wollten, aber man vernahm keinen Laut. Der Mann sah, daß sich die Haare auf ihrem Rücken sträubten, er sah, wie ihre schwarzen Zähne funkelnd weiß im Feuerstein leuchteten, und wie sie auf ihn losstürzten. Er fühlte, daß einer von ihnen nach seinen Beinen schnappte und einer nach seiner Hand, und daß sich einer an seine Kehle hängte. Aber die Rinnladen und die Zähne, mit denen die Hunde beißen wollten, gehorchten ihnen nicht, und der Mann litt nicht den kleinsten Schaden.

Nun wollte der Mann weiter gehen, um das zu finden, was er brauchte. Aber die Schafe lagen so dicht nebeneinander, Rüden an Rüden, daß er nicht vorwärts kommen konnte. Da stieg der Mann auf die Rücken der Tiere und wanderte über sie hin dem Feuer zu. Und keins von den Tieren wachte auf oder regte sich.

So weit hatte Großmutter ungehört erzählen können, aber nun konnte ich es nicht lassen, sie zu unterbrechen. „Warum regten sie sich nicht, Großmutter?“ fragte ich. „Das wirst du nach einem Weibchen schon erfahren“, sagte Großmutter und fuhr mit ihrer Geschichte fort.

„Als der Mann fast beim Feuer angelangt war, sah der Hirt auf. Es war ein alter, mürrischer Mann, der unwirsch und hart gegen alle Menschen war. Und als er einen Fremden kommen sah, griff er nach einem langen, spitzen Stabe, den er in der Hand zu halten pflegte, wenn er seine Herde hütete, und warf nach ihm. Und der Stab fuhr zischend gerade auf den Mann los, aber ehe er ihn traf, wich er zur Seite und sauste, an ihm vorbei, weit über das Feld.“

Als Großmutter soweit gekommen war, unterbrach ich sie abermals. „Großmutter, warum wollte der Stab den Mann nicht schlagen?“ Aber Großmutter ließ es sich nicht einfallen, mir zu antworten, sondern fuhr mit der Erzählung fort.

„Nun kam der Mann zu dem Hirten und sagte zu ihm: „Guter Freund, hilf mir, und leih mir ein wenig Feuer. Mein Weib hat eben ein Kindlein geboren, und ich muß Feuer machen, um sie und den Kleinen zu erwärmen.“

Der Hirt hätte am liebsten nein gesagt, aber als er daran dachte, daß die Hunde dem Manne nicht hatten schaden können, daß die Schafe nicht vor ihm davongelaufen waren und daß sein Stab ihn nicht fällen wollte, da wurde ihm ein wenig bange, und er wagte es nicht, dem Fremden das abzukassieren, was er begehrte.

„Nimm, soviel du brauchst“, sagte er zu dem Manne. Aber das Feuer war beinahe ausgebrannt. Es waren keine Scheite und Zweige mehr übrig, sondern nur ein großer Gluthaufen, und der Fremde hatte weder Schaufel noch Eimer, worin er die toten Kohlen hätte tragen können.

Als der Hirt dies sah, sagte er abermals: „Nimm, soviel du brauchst!“ Und er freute sich, daß der Mann kein Feuer wegzutragen könnte. Aber der Mann beugte sich hinunter, holte die Kohlen mit bloßen Händen aus der Asche und legte sie in seinen Mantel. Und weder verlangten sie keinen Mantel, sondern der Mann trug sie fort, als wenn es Rüsse oder Äpfel gewesen wären.“

Über hier wurde die Märchenerzählerin zum drittenmal unterbrochen. „Großmutter, warum wollte die Kohle den Mann nicht brennen?“

„Das wirst du schon hören“, sagte Großmutter, und dann erzählte sie weiter.

„Als dieser Hirt, der ein so böser, mürrischer Mann war, dies alles sah, begann er sich bei sich selbst zu wundern: Was kann dies für eine Nacht sein, wo die Hunde die Schafe nicht beißen, die Schafe nicht erschrecken, die Lanze nicht tödtet und das Feuer nicht brennt? Er rief den Fremden zurück und sagte zu ihm: „Was ist dies für eine Nacht? Und woher kommt es, daß alle Dinge dir Barmerzigkeit zeigen?“

Da sagte der Mann: „Ich kann es dir nicht sagen, wenn du selber es nicht siehst.“ Und er wollte seiner Wege gehen, um bald ein Feuer anzuzünden und Weib und Kind wärmen zu können.

Aber da dachte der Hirt, er wolle den Mann nicht ganz aus dem Gesicht verlieren, bevor er erfahren hätte, was dies alles bedeutete. Er stand auf und ging ihm nach, bis er dorthin kam, wo der Fremde daheim war.

Eine letzte Warnung

Die Forderungen der Arbeitslosen

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern einstimmig den Forderungen für die Arbeitslosen zugestimmt, die von der Berliner Gewerkschaftskommission aufgestellt waren. Damit haben auch die Vertreter derjenigen Parteien, die im Reich die Forderung der Erhöhung der laufenden und der einmaligen Unterstützung der Arbeitslosen und Bereitstellung von Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge bisher stets abgelehnt haben, anerkannt, daß eine sofortige und ausreichende Hilfe für die Arbeitslosen dringend notwendig ist.

Wenn die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung glauben sollten, durch ihre Zustimmung zu diesem Antrag über weitere Verpflichtung gegenüber den Arbeitslosen ledig zu sein, so befinden sie sich in einem großen Irrtum. Ihre Zustimmung enthält die Anerkennung der Notwendigkeit der ausreichenden Fürsorge für die Arbeitslosen durch das Reich. In diesem Sinne müssen sie wirken. Und wenn sie sich nicht den Vorwurf der Treulosigkeit und des Bruchs ihrer Versprechungen zuziehen wollen, so müssen sie auch ihre Parteien, die sich bisher jeder ausreichenden Fürsorge für die Arbeitslosen widersetzt haben, zu einer Aenderung ihrer Haltung zwingen.

Für die Reichsregierung aber ist der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung eine letzte Warnung. Unter dem unmittelbaren Eindruck des Stenografen und der gewaltigen Erregung unter den Arbeitslosen ist dieser Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung zustande gekommen. Und sie hat nun die Pflicht, ihm nachzukommen. Es ist eine empörende Provokation, wenn gerade in diesem Augenblick die Note des Auswärtigen Amtes an die Entente veröffentlicht wird, die das Weiterbestehen von Einwohnerverswehren und dergleichen mit der wachsenden Not der Bevölkerung zu rechtfertigen sucht.

Es gibt kein besseres Mittel, um Gefahren für die Allgemeinheit zu vermeiden, als die ausreichende Fürsorge für alle jenen zahllosen Unglücklichen, die als Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hungern und frieren dem Verderben ins Auge sehen müssen. Wenn nur ein Teil der gewaltigen Summen, die in Deutschland auch jetzt noch für den Militarismus ausgegeben wird, zur Fürsorge für Arbeitslose und Rentner Verwendung finden würde, so bräuheten selbst ängstliche Spießbürger nicht die geringste Sorge um ihr Wohlergehen zu haben.

Den drei sozialistischen Parteien erwächst aus dieser Sachlage aber die dringende Pflicht, unter Zurückstellung agitatorischer Momente die geschlossene Kraft der gesamten Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen, um endlich der unaufhaltbaren Verelendung von Hunderttausenden von Arbeitern Einhalt zu bieten.

Eine reichsgefährliche Schiebung

(Eigener Bericht der „Freiheit“.)

München, 22. Dezember.

Kurz bevor der Landtag mit seinen Ausschüssen in die Weihnachtsferien ging, hat die liberal-liberalistische Reaktion in Bayern noch die Gelegenheit bemerkt, um eine Schiebung unter das parlamentarische Dach zu bringen, die man nach dem Willen des Reichs „Bayerischen Kurier“ schon längst als einen Streich gegen das Reich sorgsam vorbereitet hatte.

Es handelt sich um den Ausbau des „Walchenseewerkes“ und der „Mittleren Jar“, also von Wasserkräften, die laut Reichsverfassung dem Reich anheimfallen!

In der letzten Vollziehung des bayerischen Landtages vom 17. Dezember hatte die Regierung dem Finanzausschuß entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung die Vollmacht zum Abschluß einer ausländischen Anleihe erteilen lassen und dabei strengste Vertraulichkeit verlangt. Am 21. Dezember brachten die „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Meldung, in der es hieß, daß der bayerische Finanzminister Dr. Krausnick in der Schweiz wolle, um eine Anleihe zum Zwecke der Vervollständigung von Lebensmitteln aufzunehmen. Das war eine rechtliche Irreführung über den Gegenstand der streng vertraulichen Regierung- und Parlamentsschiebung; denn noch am gleichen Tage veröffentlichte die „Staatszeitung“, also das Organ der Regierung, den dringenden Gesuchentwurf, dem die Regierung am selben Tage streng vertraulich dem Reich...

Da sah der Hirt, daß der Mann nicht einmal eine Hütte hatte, um darin zu wohnen, sondern er hatte sein Weib und sein Kind in einer Berggrotte liegen, wo es nichts gab als nackte, kalte Steinwände.

Aber der Hirt dachte, daß das arme unschuldige Kindlein viel leicht dort in der Grotte erfrieren würde, und obgleich er ein harter Mann war, wurde er davon doch ergriffen und beschloß, dem Kinde zu helfen. Und er löste sein Ränzlein von der Schulter und nahm daraus ein weiches, weißes Schaffell hervor. Das gab er dem fremden Manne und sagte, er möge das Kind darauf betten.

Aber in demselben Augenblick, in dem er zeigte, daß auch er barmherzig sein konnte, wurden ihm die Augen geöffnet, und er sah, was er vorhin nicht hatte sehen, und hörte, was er vorhin nicht hatte hören können. Er sah, daß rund um ihn ein dichter Kreis von kleinen, flügelbesetzten Englein stand. Und jedes von ihnen hielt ein Saitenspiel in der Hand, und alle sangen sie mit lauter Stimme, daß in dieser Nacht der Heiland geboren wäre, der die Welt von ihren Sünden erlösen sollte.

Da begriff er, warum in dieser Nacht alle Dinge so froh waren, daß sie niemand etwas zuleide tun wollten.

Und nicht nur rings um den Hirt waren Engel, sondern er sah sie überall. Sie saßen in der Grotte, und sie saßen auf dem Berge, und sie flogen unter dem Himmel. Sie kamen in großen Schwärmen über den Berg gegangen, und wie sie vorbeikamen, blieben sie stehen und warfen einen Blick auf das Kind.

Es herrschte eitel Jubel und Freude und Singen und Spiel, und das alles sah er in der dunklen Nacht, in der er früher nichts zu gewahren vermocht hatte. Und er wurde so froh, daß seine Augen geöffnet waren, daß er auf die Knie fiel und Gott dankte.

Aber als die Großmutter soweit gekommen war, leuchtete sie und sagte: „Aber was der Hirt sah, das können wir auch sehen, denn die Engel fliegen in jeder Weihnachtsnacht unter dem Himmel. Wenn wir sie nur zu gewahren vermögen.“

Und dann legte Großmutter ihre Hand auf meinen Kopf und sagte: „Dies sollst du dir merken, denn es ist so wahr, wie daß ich dich sehe und du mich siehst. Nicht auf Lichter und Lampen kommt es an, und es liegt nicht an Mond und Sonne, sondern was not tut, ist, daß wir Augen haben, die Gottes Herrlichkeit sehen können.“

gen Finanzausschuß vorlegte und der auch von den Regierungsparteien und den Rechtssozialisten einstimmig angenommen wurde.

In diesem „dringenden“ Gesetz, das noch vor den Feiertagen durchgeleitet wurde, heißt es, daß der bayerische Staat eine Aktiengesellschaft gründe, für die Wasserkräftewerke Schuldverschreibungen ausgibt und die Bürger für die Verzinsung und Heimzahlung dieser Schuldverschreibungen übernimmt. Als Geldgeber für diese Schuldverschreibungen kommen amerikanische Kapitalisten in Frage. Ebenso für die Großschiffahrtstakte Main-Donau, hinsichtlich deren die bayerischen Regierungsparteien ganz offen im Rindigen Ausschuß sich für die Beteiligung ausländischen Kapitals einließen, wobei man nur einen Unterschied zwischen französischem und amerikanischem heucheln zu müssen glaubte.

Als einziger wandte sich der Abg. Gareis (U. S. P.) gegen die Methode, mit der die Regierungsparteien eine so schwerwiegende Frage behandelten. Er kennzeichnete dieses Gesetz der Krediten als einen Streich gegen das Reich und verlangte eine Kapitalbeteiligung des Reichs, der Länder und der Gemeinden, im übrigen bei diesem Unternehmen eine Form, die eine Verwaltung durch die beteiligten Arbeiter sicherstellt. Es handelte sich um einen Versuch, von den Ländern aus die wirtschaftliche Auflösung der Sozialisierungsfront abzuwenden und durch eine Auslieferung der Rohstoffe, uellen des Reiches an ausländisches Kapital der allgemeinen Vermögensabgabe zu entgehen.

Anders kann diese Gesetzeschiebung auch nicht aufgefaßt werden. Man nutzt die finanzielle Schwäche des Reiches aus, um die Schenkungen des privaten, ob in- oder ausländischen, Kapitals zu füllen und die Arbeitermassen in Schach zu halten, die nach einer Vergesellschaftung der Rohstoffe des Reiches streben.

Bei diesem lächerlichen Nationalverrat, der offen mit der Ohnmacht des deutschen Volkes und mit dem Verfall der Friedensverträge begründet wird, gehen die Schwarzen, die Blauen und die Gelben Arm in Arm!

Die Arbeitermassen werden den Landesverrätern der bayerischen Reaktion gehörig die Leuten lesen müssen!

Demokratische Mittelstandsreaktion

Gegen die Sozialisierung

Der Mittelstandsausschuß der Deutschen demokratischen Partei (D. D. P.) hat auf dem Nürnberger Parteitag unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Partsch Richtlinien demokratischer Mittelstandspolitik einstimmig angenommen. Darin heißt es u. a.:

Um für die Entwicklung die Bahn freizumachen, erhebt der Parteitag der D. D. P. mit Nachdruck die Forderung der Ablehnung jeglichen Versuches der Sozialisierung oder Kommunalisierung von Handwerk, Handel und Gewerbe. Die Regierbetriebe sind grundsätzlich auf das zulässig geringste Maß einzuschränken unter Ausschluß der Uebernahmearbeiten für Dritte. Planmäßiger Abbau der letzten Reste der Kriegsgedanken und Zwangswirtschaft, insbesondere der kommunalen Dienstleistungen, Bekleidungs- und Anschaffungsämter. Unbedingte Schonung der dem produktiven Mittelstande zur vollen Entfaltung seiner Kraft erforderlichen Betriebsmittel bei der Steuererhebung.

Erhaltung des wirtschaftlich reaktionären Kleinrentnerums ist also die Parole der Demokraten. Dem „Berliner Tageblatt“ erscheint diese Sache so wichtig, daß es den Wortlaut des sehr langen und ebenso reaktionären demokratischen Mittelstandsprogramms vollständig wiedergibt. Wir erwähnen das Programm, weil es die deutsche Demokratie trefflich kennzeichnet und das Bild der reaktionären Front gegen die Sozialisierung vornehmlich zeigt.

Kessel und der Staatsanwalt

Regt sich doch noch ein Rechtsfunke?

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht I teilt mit:

Die Einstellung des Verfahrens gegen den Hauptmann von Kessel ist von der Strafkammer des Landgerichts I gegen den ausdrücklichen Widerspruch der Staatsanwaltschaft erfolgt. Der Beschluß ist noch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft hat dagegen Beschwerde eingelegt. Das Kammergericht wird darüber zu entscheiden haben, ob das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 auf die dem Hauptmann von Kessel zur Last gelegten Straftaten Anwendung finden soll.

Nach der bisherigen Praxis der Justiz im Falle Kessel erwarten wir von der Entscheidung des Kammergerichtes nicht das mindeste. Warum ist Kessel, als er „grippekrank“ wurde, aus der Haft entlassen worden? Jeder andere Beschuldigte kommt, wenn er in Untersuchungshaft erkrankt, in die Krankenstation. Warum ist Kessel nicht wenigstens, nachdem ihn der Rapp-Busch über Nacht gesund gemacht hatte, sofort wieder in Haft genommen worden? Was machte Kessel volle neun Monate in einem Sanatorium? Gegen Arbeiter, die des Meineids verdächtigt sind, verfährt die Justiz ganz anders. Wir sind auch fest davon überzeugt, daß Kessel mindestens noch zehn Jahre ruhig und gesichert in seinem Sanatorium hätte verweilen können, wenn nicht die famose Auslegung des Amnestiegesetzes ihm die Möglichkeit gegeben hätte, in sein mit Blumen geschmücktes Heim zurückzukehren. Und kein Staatsanwalt hätte nach ihm gefragt, immer wäre irgendein „Attest“ aufzubringen gewesen, das Herrn Kessel bescheinigt hätte, daß er nicht vernehmungsfähig sei. Wir haben zum Fall Kessel bereits das Erforderliche gesagt. Die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit wird befriedigen, daß nicht mehr die Empörung, sondern nur noch der Ekel übrig bleibt vor solchen Zuständen.

Der Meineid Kessels

Aus dem Marloh-Prozess

Rechtsanwalt Grünspach: Herr von Kessel hat in der Voruntersuchung geschworen, daß er von dem Haftbefehl und der Abreise Marlohs keine Kenntnis hatte? Ich bitte ihn dies aus den Akten vorzuhalten.

Vorl.: Ich habe hier rechtliche Bedenken. Die Aussage darf nach dem Gesetz nicht verlesen werden. Auch eine Rekonstruktion ist gegen das Gesetz und illegal.

Rechtsanwalt Grünspach: Am Pfingstdienstag hat Wehmeyer zu Pfarzer Rump gesagt, daß mit den Akten etwas geplant sei.

Vorl. (zu Pfarzer Rump): Was war das?

Pfarzer Rump: Muß ich darüber sprechen? Oberleutnant Marloh hat mich gebeten, auf seine Vorgesetzten Rücksicht zu nehmen.

Vorl.: Wir haben hier keine Geheimnisse. Sprechen Sie nur. Rechtsanwalt Kilath (erhebt sich): Im Interesse des Angeklagten können wir Herrn von Kessel nicht schonen.

Pfarzer Rump: Nachdem Herr von Kessel meine und Wehmeyers Aussage gehört hatte, sagte er: „Eigentlich ist es jetzt Zeit, dem Meyer die Akten zu klauen, aber wir wollen sie ruhig noch etwas länger werden lassen.“

Rechtsanwalt Grünspach: Ich bitte, den Herrn von Kessel zu fragen, ob die Akten „geklaut“ werden sollten.

Kessel: Acht Monate lang habe ich mit Marloh und Wehmeyer Zimmer an Zimmer gearbeitet. Ich kann jetzt nicht beschwören, daß ich diese Worte gebraucht habe.

Vorl.: Die Sache ist so ungeheuerlich, daß ich daran noch gar nicht gedacht habe. Haben Sie vielleicht so etwas im Scherz gesagt? ... Damit halte ich wohl die Sache für erledigt.

Rechtsanwalt Grünspach: Da es sich hier um die Glaubwürdigkeit des Herrn von Kessel handelt, so bitte ich, weiter zu prüfen. Ich bitte, Leutnant Wehmeyer zu fragen, ob und wann die Vernehmung gefallen ist.

Zeuge Wehmeyer: Die Vernehmung war wirklich so.

Vorl.: Herr Leutnant Wehmeyer, war das nun Scherz oder Ernst von Hauptmann Kessel? Haben Sie mit der Tatsache gerechnet, daß Akten „geklaut“ werden konnten?

Zeuge: Jawohl. (Bewegung.) Als ich Herrn von Kessel nach meiner zweiten Vernehmung gefragt habe, daß ich es vorgezogen habe, manche Stellen meiner ersten Aussagen nicht zu beschwören, hat Herr von Kessel geäußert:

„Das verstehe ich nicht! Auch in meiner beschworenen Aussage ist manches unzutreffend, ich habe es aber doch beschworen; wir müssen in dieser Affäre ja doch lügen, und da sehe ich nicht ein, warum wir es nicht auch beschwören wollen.“

Kessel: Ich habe meine Aussagen vorichtig gemacht und ausdrücklich erklärt: Was auf dem Papier steht, kann ich beschwören, aber was nicht darauf steht, kann ich nicht beschwören.

Angeklagter Marloh (erregt): Hauptmann von Kessel hat geschworen, daß er mich am 1. Juli nicht mehr gesehen hat. Das stimmt nicht. Ich bin am 1. Juli von Oberleutnant Hoffmann — dem damaligen Leutnant Hoffmann — ich wollte den Namen anfänglich nicht nennen, gewarnt worden, daß meine Verhaftung bevorstehe. Ich bin darauf zu Kessel gegangen und traf ihn vor seiner Bureautür. Kessel sagte zu mir: „Um Gottes willen, was machen Sie denn hier? Machen Sie, daß Sie wegkommen.“

So sieht Herr Kessel aus, den jetzt das Gericht außer Verfolgung gesetzt hat, weil er „in Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens“ gehandelt habe.

Geschäftskommunismus

In derselben Nummer der „Roten Fahne“, in der der Vorstehende der kommunistischen Partei, Paul Reul, dem Moskauer Exekutivkomitee bescheinigt, daß es mit seiner Anerkennung der R. U. P. D. das Gegenteil von einem Geniestreich verübt habe, wird eine Abkommeneinladung an die Leser veröffentlicht, in der diese aufgefordert werden, das „antibolschewistische Lügenblatt“, die „Freiheit“, die keine Existenzberechtigung mehr habe, aus den Wohnungen der Arbeiter zu entfernen. Begründet wird diese freundschaftliche Mahnung mit dem Hinweis, daß die „Freiheit“ ihre vornehmste Aufgabe in der Bekämpfung Sowjetruhlands erblicke und noch neuerdings von den „putschistischen Plänen“ des Moskauer Exekutivkomitees und dem dazu nötigen „Kanonenfutter“ geschrieben habe.

Wir haben den Versuch der „Roten Fahne“, unsere Abwehr gegen Einowem zu demagogischen Zwecken umzuwälzen, schon einmal zurückgewiesen. Daß das Blatt es nun wagt, dieselben Angriffe in verschärfter Form vorzubringen, ist eine Schamlosigkeit sondergleichen. Wir haben volles Verständnis für die Räte, die die „Rote Fahne“ zu ihrem unehrlichen Abkommeneinladung veranlassen. Aber nur ein völlig verkommenes Subjekt kann es wagen, uns zu unterstellen, daß wir unsere vornehmste Aufgabe in der Bekämpfung Sowjetruhlands erblicke. Geradezu grotesk jedoch nimmt sich der Versuch aus, in demselben Augenblick, wo Paul Reul von der „revolutionären Psychopathie“ der neuen Freunde des Moskauer Exekutivkomitees in der R. U. P. D. spricht, aus unseren Worten vom „Kanonenfutter“ Einowem eine Art Majestätsbeleidigung zu konstruieren. Wenn die Geschäftskommunisten in der „Roten Fahne“ eine Lügenkampagne gegen uns für notwendig halten, so sollten sie sich doch wenigstens vergewissern, was auf der ersten Seite ihres Blattes steht. So weh ansehend im kommunistischen Zentralorgan die Rechte nicht, was die Linke tut.

Weihnachten für Beamte und Kriegsoffer

Die erhabenen Herrscher im neuen republikanischen Deutschland haben ihrem Herzen einen Einfluß gegeben. Sie lassen durch Wolffs Bureau folgende Christbotschaft verkünden: Ebenso wie die Beamte entschäfteter dürfen auch die am 1. Januar 1921 fälligen Militärpensionen, Renten und Hinterbliebenenangehörigen — unter Berücksichtigung aller etwa angeordneten Abzüge — schon jetzt ausgezahlt werden. Die Postanstalten und die Zahlstellen sind mit entsprechender Anweisung versehen worden.

Run können die Damen und Herren mit vollkommen beruhigtem sozialen Gewissen ein üppiges Weihnachtsfest feiern. Sollte noch jemand zu klagen haben, so kann das nur ein abler Heiler sein. Die Urheber dieser Botschaft aber waschen ihre Hände wie Pilatus.

Aber: um Gottes willen, nicht die Abzüge vergessen!

Die Beamtenbewegung

Die Front verbreitert sich

Der Gesamtverband deutscher Beamten und Staatsangestelltengewerkschaften hat sich auf den Boden der Forderungen der vereinigten Eisenbahnerorganisationen gestellt. Der Gesamtverband hatte in seinen früheren Beschlüssen seine weitere Haltung von den Entschlüssen des Reichstags abhängig gemacht. Nachdem der Reichstag die Forderungen des Gesamtverbandes in wesentlichen Punkten nicht erfüllt hat, sieht sich der Gesamtverband veranlaßt, erneut mit seinen Wünschen an die Regierung und das Parlament heranzutreten.

Die Haltung der bayerischen Eisenbahner

II. München, 24. Dezember.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Eisenbahnerverwaltung München des Deutschen Eisenbahnerverbandes beschlossen gestern auch ihrerseits, an der Forderung einer Erhöhung der Leistungszulagen festzuhalten. Sollte die Reichsregierung den Forderungen der Arbeiter und Beamten nicht entgegenkommen, so sollen die Forderungen mit den letzten Kampfmitteln durchgesetzt werden.

Drohender Eisenbahnerstreik in Oesterreich. Gestern fanden die entscheidenden Verhandlungen mit den Südbahnangestellten statt, von denen es abhängen wird, ob es zu einem Streik auf der Südbahn kommt. Ein Ministerialrat wird in dieser Frage beraten.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Schlüssen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.

Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Leffing-Theater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Proletartheater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Revolutionäre Volkstheater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Staatstheater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Mida... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutsches Theater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Königgräber Str... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Komödienhaus... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Berliner Theater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutsches Volkstheater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Tivoli

Chausseestr. 25, direkt am Steinfirer Bahnhof... 2 Orchester / 1 Bühne... Erich Carow

Königstadt-Theater... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Zietta's Neue Elörkübe... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Thiel's Restaurant und Café... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Wo gehen wir heute hin?... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Beihnachten in der Altdenischen Bürger Diele... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Kronen-Lichtspiele... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Bricke's Konzerthaus... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Dr. med. Hollaender... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Spezial-Arzt... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Geschlechtskranke... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

SILVESTERSCHERZE

Humoristische Kopfbekleidungen... Verlosungsartikel Pohl & Weber Nachf.

Rajanol-Hautcreme... Berlin SW 19, Am Spittelmarkt 4-7

Westmanns... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Korpulenz... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Stoffe... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Schlafzimmer... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Gänsefedern... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Geschlechtskranke... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Möbel... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Harnröhren, Blasen, Geschlechtskranke... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Münzen :: Briefmarken... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Bekanntmachungen... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Als Verlobte empfehlen sich... Meta Köding, Emil Klein

Die Verlobung unserer Kinder... Alice Koflarski, Wilhelm Zollich

ordentlichen Ausmaß - Sitzung... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Oskar Reichnow... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Sonntag, 26. Dezember... 7 Uhr: Die Räuber von Helldrom

Der Wahnsinn des Terrorismus

Von E. Marlow

In Moskauer Zeitungen vom 20. November ist eine Bekanntmachung der Sowjetregierung erschienen, die jeden mit Angst und Entsetzen erfüllen muß, der mit den russischen Verhältnissen vertraut ist. In dieser Bekanntmachung erklärt die Sowjetregierung, daß die russische Konterrevolution, die in den Personen der Wrangel, Balachowitsch und Petljura erledigt wurde, sich nun entschlossen habe, in ihrem Kampf gegen die Sowjetregierung zu terroristischen Anschlägen zu greifen. Die Erklärung sagt weiter, daß zufolge den Berichten „der betreffenden Organe der Sowjetregierung“ (d. h. der geheimen Polizei), sich die verschiedenen weißgardistischen Organisationen, nämlich die Sawinoff-Gruppe, die Tschernoff-Gruppe, die Gruppe des „Nationalen und taktischen Zentrums“, wie auch einige Gruppen von Wrangeloffizieren, zusammengeschlossen hätten, um eine Reihe terroristischer Anschläge gegen Vertreter der Regierung auszuführen. Die Ententeorganisationen hätten den konterrevolutionären Mordern weitgehende Kredite eröffnet.

Das alles soll die geheime kommunistische Polizei festgestellt haben. Nun ist bereits zu wiederholten Malen durch unanfechtbare Tatsachen nachgewiesen worden, daß die Leninische Geheimpolizei aus genau so verlogenen, schmutzigen Lumpen besteht, wie jede andere politische Geheimpolizei in irgendeinem bürgerlichen Staate, daß diese Leute sich nicht scheuen, mit Fälschungen und Provoktion zu arbeiten, und daß ihre Berichte an die Regierung anlässlich der von ihnen aufgedeckten „Verschwörung“ von rechts oder links von Entstellungen und Lügen wimmeln.

Auch diesmal ist es nicht anders, denn die vorliegende Bekanntmachung enthält ganz unglaubhafte Behauptungen, die jeder russische Politiker sofort als erlogen erkennen wird. Eine „Gruppe Tschernoff“ soll mit Wrangel, Sawinoff und anderen Organisationen zum Zwecke terroristischer Attentate konspirieren! Es gibt in Rußland keine „Gruppe Tschernoff“, es gibt die Partei der Sozialisten. — Revolutionäre, deren anerkannter Führer und Theoretiker Tschernoff ist. Daß diese Partei in der Person ihrer offiziellen Vertreter in eine Verbindung zwecks gemeinsamer terroristischer Aktion mit Wrangel und ähnlichen weißgardistischen Gruppen eingetreten könnte, ist eine Annahme, die auch vielen Bolschewisten als eine ganz ungeheure Mißgeburt der Polizeiphantasie erscheinen muß.

Aber der Zweck dieser „Feststellung“ geht klar aus der Warnung hervor, die die Sowjetregierung an alle ihre Feinde richtet:

„Die Sowjetregierung betrachtet alle diese Gruppen als durch kollektive Verantwortlichkeit auf dem Boden des gemeinsamen blutigen Kampfes gegen die Arbeiter- und Bauernregierung gebunden, und erklärt, daß sie sämtliche in ihren Händen befindliche Mitglieder der Gruppe Sawinoff, der Sozialisten-Revolutionäre aus der Tschernoffgruppe, der Weißgardisten vom „Nationalen und taktischen Zentrum“, sowie die Wrangel-Offiziere als Geiseln behandeln werde. Im Fall eines Attentats auf die Führer Sowjet-Rußlands werden die verantwortlichen Gestaltungsmitglieder der Organisationskommissionen schonungslos vernichtet werden.“

Wenn der Text selbst nicht klar genug spräche, der soll sich die blutige Erfahrung in Erinnerung bringen, die Sowjet-Rußland schon einmal gemacht hat. Im September 1918 nach der Ermordung des Leiters der Petersburger Polizei, Uritky, und nach dem Attentat auf Lenin hat die Sowjetregierung sämtliche in den Gefängnissen befindlichen Antibolschewisten als Geiseln für den Fall weiterer Attentate erklärt; aber zu gleicher Zeit wurden die lokalen Behörden angewiesen, als Antimori auf die bereits erfolgten terroristischen Anschläge in jedem Ort eine Anzahl dieser Gegner niederzuschleien. Bis jetzt ist die genaue Zahl der damals ermordeten Männer und Frauen unbekannt. Nachdem die ersten Listen der Hingerichteten veröffentlicht wurden, hat die allgemeine Enttäuschung der Bevölkerung die Regierung veranlaßt, die weiteren Massenschlächtereien geheim zu halten. Aus den veröffentlichten Listen ist aber zu ersehen, daß in Petersburg 512 Personen erschossen wurden, in Penja 152, in Nischni-Nowgorod 41, in Smolensk 30, in Moskau 29, in Mofskafel 6, in Mordwan 4, in Nischni-Tomow 7, in Schemlar 7. Den letzten Nachklang dieses Wahnsinnssturms bildete die im Februar 1919 erfolgte Erklärung der Außerordentlichen Kommission in Petrozawodsk (Kordrußland), daß sie, um Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Tod zu rächen, 14 Geiseln aus der Bourgeoisie hingerichtet habe.

Gleich nach den erwähnten Attentaten auf Lenin u. a. hat die Partei der Sozialisten-Revolutionäre offiziell erklärt, daß sie mit ihnen nichts gemein habe. Das verhinderte nicht, daß man überall gerade die gefangenen Mitglieder der Partei wie Hunde erschoss. Einmal entseffelt, machte der terroristische Wahnsinn nicht zu große Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien der politischen Gegner: in Petersburg erschoss man den Metallarbeiter Krawosky, der der russischen Sozialdemokratischen Partei angehörte, in Nischni — drei Mitglieder derselben Partei, die Leiter der lokalen Gewerkschaften (Komin, Sotolow, Lewin), in Nischni-Nowgorod den Sekretär unseres Partei-Komitees, den Genossen Nidnif.

Die große Mehrzahl der Hingerichteten bestand jedoch aus Bürgerlichen, und zwar aus solchen, die sich politisch gar nicht betätigten, und die nicht wegen eines bestimmten Vergehens, sondern bloß als „Verdächtige“ zum Zwecke ihrer Isolierung verhaftet worden waren. Männer und Frauen, Greise und Jünglinge, alle mußten umgebracht werden, weil zwei ganz isolierte Sonderlinge aus politischem Fanatismus zwei kommunistische Führer ermorden wollten.

Sollen wir nun zum zweitenmal dieses blutige Experiment, die Schande des „Geiselmordens“, erleben? Weil irgendwo in einer dunklen reaktionären Ede Attentatspläne gebrütet werden, sollen Tausende und Abertausende, die mit diesen Plänen nichts zu tun und von ihnen keine Ahnung haben, wochen- und monatelang sich jede Nacht fragen müssen, ob es nicht ihre letzte Nacht sei? Weil vielleicht morgen ein Attentat auf einen bolschewistischen Führer verübt wird, sollen heute tausende von Frauen, Müttern und Kindern für das Leben ihrer unglücklichen Angehörigen sterben?

Dies alles im Namen des Sozialismus, im Namen der weltbefreienden Revolution!

Die Partei der Sozialisten-Revolutionäre hat neulich wieder erklärt, daß sie keine terroristischen Pläne gegen die bolschewistischen Führer hege. Kann sie für die Wirksamkeit einzelner Gruppen oder für die Tätigkeit des Abenteurers und Kondottiere Boris Sawinoff verantwortlich gemacht werden? Und wie polizeilich beschränkt muß man sein, um zu glauben, daß man durch Androhung des Niedermeißelns von Unschuldigen einen Fanatiker oder gar einen kaltblütig mit dem Leben anderer spekulierenden weißgardistischen Verschwörer von einem Attentat abhalten könne!

Wird man es auch diesmal zulassen, daß die Bolschewisten-polizei ihre zynischen Drohungen in neue blutige Taten umwandelt?

Vielleicht ist es jetzt noch nicht zu spät. Vielleicht wird noch heute die Stimme des europäischen Proletariats rechtzeitig in Rußland zu Ohren kommen, die schon des Terrorismus müde sind und bloß aus Mangel an Zivilmut es noch nicht wagen, ihre eigenen Parteiführer zur Ordnung zu rufen.

Morgen wird es vielleicht zu spät sein. Und als die ersten sollen die europäischen Kommunisten ihre Stimme erheben! Sie sollen es einmal offen aussprechen, ob sie die Anwendung des vom Weltkrieg wieder ins Leben gerufenen Geiselsystems, die Erschießung von „Gefinnungsgegnern“ billigen. Man muß Farbe bekennen! Von Klara Zetkin und Däumig bis Marcel Cachin und Serrati, an alle richten wir diese Frage. Wer von ihnen wird zu feig sein, um auf sie eine offene Antwort schuldig zu bleiben?

Und der revolutionären Arbeiterschaft der ganzen Welt sagen wir: Taa res agitur! Es handelt sich hier um keine eigene Sache! Nicht das ist die Hauptsache, daß wieder einmal einige Duzend russische Sozialdemokraten und Sozialisten-Revolutionäre bei einem großartigen Blutbade „à la Sinowjew“ ermordet werden. Nach den deutschen Erfahrungen ist man auch in Europa an derartige Reberscheinungen des Bruderkampfes bereits gewöhnt. Die Hauptsache ist, daß das revolutionäre Proletariat versteht, daß die Schrecken des weißen Terrors in Ungarn, Rumänien, Irland usw., die Niederträchtigkeit der exaristischen Generale und exzelsimischen Offiziere in verschiedenen Stadien des Bürgerkrieges, daß die ganze im Weltkrieg gedorene und in den Bürgerkrieg hineingetragene Bestialität, wie sie in den Fällen des Marlow, der Marburger Studenten und ähnlichen Prozessen sich offenbart, daß wir das alles niemals überwinden können, wenn wir nicht aus unseren eigenen Reihen jede Spur dieser militaristischen Bestialität schonungslos zu vertreiben wissen.

Denn in dem großen historischen Ringen zwischen der alten und der neuen Welt wird der endgültige Sieg jener Klasse ausfallen, die durch alle Klassenkämpfe, durch alle Leiden-schaften des Bürgerkrieges unbesiegt die Fahne der Humanität tragen wird!

Taa res agitur! Durch einmütigen Ausdruck der öffentlichen Meinung der revolutionären Arbeiterschaft können und müssen die Männer und Frauen in Rußland gerettet werden, deren Leben durch einen neuen Anfall blutigen Wahnsinns bedroht ist.

Die Ghurkas von Berlin

Eine Szene aus dem Marlow-Prozess

Marlow: Zu der Instruktion bin ich gekommen durch den Schieferlach Kosen, den Befehl der Gardebataillon und den amtlichen Erlaß über die Marlowdivision, der in der Presse wiedergegeben war.

Vorsitzender: Die Leute, die mit Waffen kamen oder sich widerseht hatten, hätten Sie nach Ihrer Arreffassung laut Koster-erlaß auf der Stelle kriegsrechtlich behandeln können?

Marlow: Ich wollte die Leute nicht erschließen lassen.

Rechtsanwalt Grünspach: Nach dem Moskauer, der ja auch den gemeinen Soldaten zum Richter über Leben und Tod machte, hätte der Angeklagte diese Leute ohne weiteres erschließen lassen dürfen. Ich bitte, dem Angeklagten die Frage vorzulegen, warum er das nicht getan hat.

Marlow: Ich habe das nicht getan, weil das allgemeine Befehl von Kose waren, die mich nicht verpflichteten. Ich wollte die Leute nach Moskau bringen und meinem Vorgesetzten, Oberst Reinhardt, vorführen und ihn entscheiden lassen.

Vorsitzender: Haben Sie diese Leute zu Anfang deswegen nicht erschließen lassen, weil Sie befürchteten mußten, daß die späteren Ankommlinge durch das Knallen der Schüsse abgeschreckt worden und nicht in die Falle gegangen wären?

Marlow: Das war kein Grund für mich. Wenn ich die Leute hätte töten wollen, so hätte ich sie ja geräuschlos durch Abschneiden der Kehle erledigen lassen können.

Vorsitzender: Ein solches Vorgehen war doch bisher dienstlich nicht üblich?

Marlow (bestimmt): Ein solches Vorgehen ist dienstlich angewendet worden.

Rechtsanwalt Grünspach: Wir glauben nicht, daß das Gericht Wert darauf legt, diese Vorgänge zu erörtern. Sollten die Angaben des Oberleutnants Marlow hezweifel werden, so könnte die Verteidigung in die Lage kommen, Beweise für die Richtigkeit dieser Angaben anzutreten.

Die Furcht vor der Aufdeckung der hier angedeuteten Scheußlichkeiten war es, die Herrn Kessel veranlaßte, namens seiner hohen Auftraggeber das Verfahren gegen Marlow zu verhindern. Deshalb schwor er seinen Meineid, weil auch, wie das Gericht, das ihn jetzt außer Verfolgung gesetzt hat, ganz richtig sagt, „ebenso viele auf Seiten der Regierung stehende maßgebende Männer der Ueberzeugung gewesen sind, daß die öffentliche Meinung nicht gerade in jenen Tagen durch eine Gerichtsverhandlung gegen Marlow erregt werden dürfe und ein solcher Prozeß hinausgeschoben werden müsse.“ Aber Wurd bleibt Wurd, und Meineid bleibt Meineid, auch wenn er im staatlichen Interesse liegt.

Die Arbeit in den Putilow-Werken. Nach Moskauer Meldungen nehmen nach Rückkehr der mobilisierten Arbeiter die Putilow-Werke die Arbeit in diesen Werkstätten wieder auf. Augenblicklich arbeiten in den Werkstätten 6000 Mann.

Verhinderung der Unterzeichnung des finnisch-russischen Friedens. Die Abreise der finnischen Exordnung nach Kowlau zur Unterzeichnung des Friedens zwischen Finnland und Sowjetrußland ist hinausgeschoben worden.

Stillelegung von Betrieben

Aufgaben der Betriebsräte nach der Verordnung vom 8. November 1920

Uns wird geschrieben: Bisher war nach § 74 WRG. der Unternehmer verpflichtet, bei Erweiterung, Einschränkung oder Stilllegung des Betriebes sich „möglichst längere Zeit vorher“ über Art und Umfang der erforderlichen Maßnahmen mit der Betriebsvertretung „ins Benehmen“ zu setzen. Diese Fassung hat sich in der Praxis als durchaus unzulänglich erwiesen. Nur wenn der Unternehmer überhaupt von dem § 74 keine Notiz nahm war es möglich, Massenentlassungen durch Anrufung von Schlichtungsausschüssen für ungültig erklären zu lassen, weil der Unternehmer nicht seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Hier soll die Verordnung vom 8. 11. 20 Wandel schaffen. Den Betriebsräten erwidert hieraus eine neue ebenso wichtige wie verantwortungsvolle Aufgabe. Es muß sich zeigen, daß unsere Betriebsvertretungen in der Lage sind, die Wirtschaftsführung so zu beherrschen, daß sie den Versuchen der Unternehmer, die Produktion lahm zu legen, wirksam entgegenzutreten können.

Die Verordnung sieht vor, daß die Unternehmer bei der Demobilisationsbehörde Anzeige zu erstatten haben, wenn sie

1. Betriebsanlagen ganz oder teilweise abbrechen oder Maßnahmen treffen wollen, welche die Leistungsfähigkeit des Unternehmers wesentlich verringern,
2. wenn sie Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzen und in Betrieben oder selbständigen Betriebsstellen mit in der Regel mehr als 20 aber weniger als 200 Arbeitnehmern zehn Arbeitnehmer oder bei in der Regel mindestens 200 Arbeitnehmern fünf vom Hunderter der im Betriebe Beschäftigten, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeitnehmer entlassen wollen.

Hier ist zu beachten, daß diese Anzeige nicht erforderlich ist, wenn die Unterbrechung oder Einschränkung in der Betriebsführung durch die Eigenart des Betriebes bedingt ist. Es kann sich hierbei nur um Saisonbetriebe handeln, also z. B. landwirtschaftliche Großbetriebe, Brennereien, Zuckerfabriken, Karmelabelfabriken und ähnliche.

Die beabsichtigten Maßnahmen dürfen im Falle von Betriebsabbrüchen usw. nicht vor Ablauf von 6 Wochen, im Falle von Betriebsstilllegungen nicht vor Ablauf eines Monats nach Erstattung der Anzeige getroffen werden.

Hierdurch ist eine Interpretation des Begriffs „längere Zeit vorher“ im § 74 des WRG. gegeben.

Müssen Entlassungen infolge unvorhergesehener Ereignisse sofort vorgenommen werden, so ist die Anzeige spätestens innerhalb 3 Tagen nachzuholen. Solche unvorhergesehenen Ereignisse können nur darin bestehen, daß infolge von Naturereignissen, Bränden, einer Möglichkeit der Weiterführung eines Betriebes nicht mehr besteht. Hieraus haben die Betriebsvertretungen ihr besonderes Augenmerk zu richten. Spätestens innerhalb von 3 Tagen nach Erstattung der Anzeige hat der Unternehmer seine sämtlichen Vorräte der Demobilisationsbehörde mitzuteilen, Er darf innerhalb der Fristen beschränkende Veränderungen der Sach- oder Rechtslage nicht vornehmen.

Die Betriebsvertretungen haben nunmehr insbesondere darauf zu achten, daß die Verordnung nicht etwa dadurch umgangen wird, indem beabsichtigte Massenentlassungen nach und nach in kleinem Umfang vorgenommen werden. Alle Betriebe, welche unter diese Verordnung fallen, müssen von den Betriebsvertretungen daraufhin genau kontrolliert werden.

Nach erstatteter Anzeige hat die zuständige Demobilisationsbehörde im Benehmen mit Betriebsleitung und Betriebsvertretung zu prüfen, welche Hilfsmassnahmen zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Betriebes angezeigt erscheinen. Die Vertreter der Gewerkschaften sollen hinzugezogen werden. In dieser Bestimmung liegt die Hauptaufgabe des Betriebsrats. Hier müssen unsere Kollegen in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Gewerkschaften es verstehen, dem Demobilisationskommissar die wirtschaftlichen Verhältnisse so klar zu legen, daß nicht etwa die Argumente der Unternehmer den Behörden gegenüber die größere Durchschlagskraft besitzen.

Wenn es dem Demobilisationskommissar nicht möglich ist innerhalb der gesetzten Fristen die notwendige Aufklärung der Verhältnisse herbeizuführen, dann kann die Frist um einen Monat verlängert werden. Die Betriebsräte haben darauf zu dringen, daß in solchen Fällen eine Verlängerung der Frist erfolgt, da sonst, wenn dies nicht geschieht, der betreffende Unternehmer in der Lage wäre, seine Maßnahmen ungehindert durchzuführen zu können. Der Demobilisationskommissar kann eine Beschlagnahme und die Enteignung der in Frage kommenden Sachen und Rechte zugunsten des Landesfiskus und die Uebertragung der Gegenstände an eine zu bestimmende andere Person aussprechen. Die Beschlagnahme darf nur innerhalb der vorgenannten Fristen erfolgen. Die Enteignung oder Uebertragung muß spätestens 2 Wochen nach Ablauf dieser Frist erfolgt sein. Während der Beschlagnahme darf der Unternehmer eine Veränderung nicht vornehmen. Die Betriebsräte haben darauf zu achten, daß im Falle einer Beschlagnahme die Enteignung oder Uebertragung fristgemäß erfolgt, da andernfalls nach Ablauf der genannten Fristen die Beschlagnahme selbständig aufgehoben ist.

Wenn der Unternehmer seiner Verpflichtung zur Anzeige nicht nachkommt, so ist die Demobilisationsbehörde an die Fristen nicht gebunden. Die Betriebsräte haben dafür zu sorgen, daß die Demobilisationsbehörde in Kenntnis gesetzt wird, falls der Unternehmer Veränderungen im Betriebe und in der Gesellschaft vornimmt und nicht nachweisen kann, daß er die vorgeschriebene Anzeige erstattet hat.

Die Bestimmungen der Verordnung finden keine Anwendung, wenn der Abbruch oder die Veräußerung von Betrieben auf Anordnung oder mit Zustimmung einer dafür zuständigen Behörde oder mit behördlichen Befugnissen ausgestatteten Stelle erfolgt. In solchen Fällen hat die Betriebsvertretung genau zu prüfen, von welchen Körperschaften und mit welcher Begründung derartige Anordnungen getroffen werden. Bei Entlassungen (Aussperrungen) infolge von wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, findet die Verordnung keine Anwendung.

Es wird vor allem darauf ankommen, welche Stellung die Demobilisationsbehörden einnehmen, welche Maßnahmen dieselben zur fringemäßigen Durchführung der Verordnung treffen und welche Körperschaften eventuell ihre Zustimmung zu Betriebsabbrüchen geben und dadurch die Verordnung aufheben. Um hierüber durchaus einwandfreies Material zu erhalten, müssen die Betriebsvertretungen und die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften sämtliche Fälle, bei welchen die Verordnung zur Anwendung kommt und das Resultat, welches sich infolge des Eingreifens der Demobilisationsbehörde ergeben hat, sofort

an die gewerkschaftlichen Betriebsrätegeniralen melden.

Bei der schwierigen Lage, in welcher sich Arbeiter und Angehörige infolge der Wirtschaftskrise befinden, müssen die Betriebsräte der Durchführung dieser Verordnung die größte Aufmerksamkeit widmen. Die geringen Befugnisse, die auch diese Verordnung den Betriebsräten und Gewerkschaften gibt, müssen mit Umsicht und Energie voll ausgenutzt werden.

Groß-Berlin

Der neue Militäretat

Ein Weihnachtsgeschenk für artige Kinder.

Immer höher — will mir scheinen —
Steigt im deutschen Volk die Not.
Milch und Pflege fehlt den Kleinen
Und den Großen fehlt 's an Brot.

Schieber müßten sich an Ferkeln,
Und genießen nun erst recht,
Daß das Volk sich die Tuberkeln
Aus dem Leibe ärgern möcht! —

Überall herrscht rings der Dalles,
Uns're Kassen, die sind leer,
Doch bewilligt gern man alles
Für das „teure“ Militär.

Geld für Bomben und Granaten
Und für Säbel und Gewehr. —
Wer will unter die Soldaten,
Braucht nicht Rot zu leiden mehr.

Grau' und grüne Reichswehr liebt man,
Das liegt in dem Deutschen drin,
Für 'nen neuen Kreuzer gibt man
Gern den letzten Kreuzer hin.

Tauben braucht man — wie sie sagen —
Für die Briepost obendrein,
Diese Tauben, darf man fragen,
Sollen's Friedens-Tauben sein?? —

Doch ich pred'ge von den Tauben,
Wie ich fürchte, taubem Ohr,
Weil ich lange schon den Glauben,
Daß es besser wird — verlor! —

Hätte man es sonst gebilligt
In der Deutschen Republik,
Daß man so viel Geld bewilligt
Für die Militär-Musik? —

Geht dabei auch Deutschland stotern
Mit der Reichswehr obendrein,
Geht mit Pauken und Trompeten
In den Abgrund es hinein! —

Proletarische Kinder-Weihnachtsfeier

Der Aufzug an die Genossinnen und Genossen des 17. Distrikts ist nicht vorgebens gewesen. Emig haben sie Geld und Geschenke zusammengetragen. Puppenwagen, Puppen, Bilderbücher, wertvolle Bücher, darunter auch Klavier, Dampfmaschinen, Kinderspiele für große und kleine Kinder, Schlittschuhe, auch Schuhe und Strümpfe. Was an den Spielachen alt und abgegriffen war, wurde neu aufgearbeitet und erstrahle in verjüngtem Glanz. Die Genossinnen nähten Puppenkleider, Schürzen für die Kinder, Genossen, die von Beruf Schuhmacher sind, reparierten das Schuhwerk. Das Geld wurde angelegt für Äpfel und Pfannkuchen, und so ausgerüstet, konnten wir den Kleinen unserer arbeitslosen Genossen eine wahre Weihnachtsfeier bereiten. — Mehr noch als die Augen der Kleinen, erstrahlten die Augen der Mütter: des Gemeinschaftsgefühls verband alle, die an der Bescherung teilnahmen. Geber und Empfangende — keine Namen wurden genannt — bildete eine innige Gemeinschaft. Des Einen Schmerz ist aller Schmerz, des Einen Freud aller Freud, und so soll es sein auf proletarischen Festen.

Eine Feier ging in der Schulaula Lüticher Straße der Bescherung im 17. Distrikt voraus. Das Programm wurde vorwiegend von Kindern besprochen. Eine kurze Ansprache von einem Genossen unter dem brennenden Weihnachtsbaum leitete die Feier ein. „Für uns Proletariat ist jedes Fest ein Bekenntnis zum Kampf für den Menschheitsfrieden“, sagte der Genosse. Dann folgte das Gedicht von Emma Döhl „Die Jugend spricht“, das auch in einer Kampfanlage an die heuchlerische bürgerliche Welt ausging. Dann sprach ein sechsjähriger Bub „Des Arbeiters Weihnachten“. Und wie er sprach! Mit Begeisterung klang es aus in einem Bekenntnis für den Kampf um die Freiheit. — Ein zwölfjähriger erstreute uns mit Violinpiel. Ohne Zweifel, dieser Knabe bewies es wieder, daß im Proletariat unendlich viel Kräfte schlummern. Sollen diese niemals gemocht werden?

Dann ein größeres Spiel, von 18 Kindern vorgetragen: „Winter und Frühling“ mit Vorspiel: „Liese und Lottie“. Mit viel Liebe von einem Genossen den Kindern einstudiert. Das Spiel so prächtig, Winterfreuden und Frühlingfreuden verübend, lebensbejahend. Auch über dieser Feier lag inniges Gemeinschaftsgefühl. Wenn so unsere Feste unsere Kampfesbegeisterung stärken, dann wird der Kampf getragen sein von Begeisterung, die uns zum Siege verhilft, der den Proletariat teilhaftig werden läßt an der Freude des schönen Lebens. —

Mit dem schönen Gedicht „Wir feiern doch die Weihnachtszeit“ von Robert Seidel schloß die prächtige Feier.

Wir feiern doch das Weihnachtsfest,
weil wir der festen Zuversicht,
daß endlich doch der stolze Reiz
der Toren zusammenbricht,
daß über alles Anrecht liegt
die Freiheit und Gerechtigkeit
und daß ein lächer Friede liegt
auf jedem Volk in Ewigkeit!

Eine schöne Weihnachtsfeier veranstaltete der Ortsverein der U. S. P. D. Neukölln am 22. d. M. für die Kinder der arbeitslosen Parteigenossen. Ein Männer-Doppelquartett und der Arbeiter-Kinderchor Neukölln bestritten den musikalischen Teil der Feier. Genosse Schneider hielt die Ansprache, in welcher er den Erlösgebedanken der Kirche mit dem Erlösungsbedanken des Proletariats in Vergleich zog. Darauf folgte die Bescherung, bei welcher jedes Kind 20 M. in bar und Gebrauchsgegenstände, sowie Pfefferkuchen usw. erhielt. Die freudestrahlenden Gesichter waren der schönste Dank, denn wer Kindern Freude macht, der ist nicht Geber, sondern Empfangender, denn strahlende Kinderaugen sind Balsam für das traurige Dasein unserer Tage.

Wenn er dabei wäre!

Weihnachten wecken Erinnerungen. Die Gedanken schweifen rückwärts und lassen Altes, Vergessenes wieder wach werden. In vielen Familien entringt sich der Gattin, der Mutter, dem Vater der Sehnsuchtsruf: Wenn er doch heute dabei wäre! Und wenn es noch so knapp hergeht. Es ist noch ein „Glück“, wenn der Wunsch, sie oder ihn dabei zu haben, einem Familienglied gilt, das zur Herstellung der Gesundheit sich in einer Heilanstalt befindet; man kann dann an den Weihnachtstagen einen Besuch machen. Man wünscht sich Gesundheit, wenn man schon auf alles andere verzichtet.

Tiefer geht der sehnsuchtsvolle Ausruf da, wo ein Familienmitglied durch den Tod eine Lücke gerissen hat. Konnte er heute nicht noch unter uns weilen? Mühte er schon so frühzeitig uns verlassen? Sind die Fragen, die am Weihnachtsabend gestellt werden. Es krampt das Herz, es würgt an der Kehle, wenn die Gattin an den durch den mörderischen Krieg dahingeraffteten Gatten oder wenn die Mutter an ihren ihr für immer entrissenen hoffnungsvollen Sohn denkt und fragt: Mühte das sein? Konnte heute abend nicht auch er neben und mit uns am Tische sitzen? Sie alle, die diese Fragen stellen, halten an sich, um die Tränen nicht in hellen Strömen fließen zu lassen.

Und dann raffen sich Viele auf und richten den Blick in die Zukunft. Schwer und düster liegt sie vor uns. Wir können sie meistern, wenn wir wollen, wenn das Proletariat es will. Es muß aber wollen im eigenen Interesse. Es kann es aber nur, wenn es mächtig ist. Mächtig muß es aber noch werden, obwohl es die Macht haben könnte.

Die Opfer, die der Krieg gekostet und die am Weihnachtsabend beweint werden, brauchen nicht gebracht zu werden, wenn das Proletariat seine Macht wach und zusammenfassend könnte. Möge dieser Zeitpunkt nicht mehr fern sein! Das ist unser Weihnachtswunsch!

Lohnfragen der städtischen Arbeiter

Donnerstag fand unter Leitung des Stadtrates Koblentz die erste Sitzung der Delegation für Lohn- und Arbeitsbedingungen (Tarifamt) statt. Die vorgeschlagene Bezeichnung „Tarifamt“ wurde, um nicht eine irrtümliche Auffassung über die Zuständigkeit hervorzurufen, in Tarifdeputation umgeändert. Die Deputation hat die Aufgabe, sämtliche Vorarbeiten zum Abschluß von Tarifen und Abkommen zu erledigen, Beschwerden zu regeln, Streitigkeiten zu schlichten, die die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeitnehmer betreffen. Die endgültige Entscheidung liegt in den Händen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

Die Deputation beschloß einstimmig, allen städtischen Arbeitnehmern, die anlässlich der letzten Bewegung wegen Strommangel ihre Arbeit nicht verrichten konnten, bekommen diese Zeit bis zu ihrem Streikbeschluss bezahlt. Nach Streikbeschluss kann keine Zahlung erfolgen. Zur Erledigung der neuangelegten Forderungen und Abschluß eines Tarifes haben am 4. Januar Verhandlungen mit dem Kartell der Gewerkschaften und der Aia und der neuangelegten Unterkommission statt. Andere noch in Frage kommende Vertreter sollen sich mit diesem Kartell in Verbindung setzen. Die Deputation spricht die Hoffnung aus, daß auf dieser Basis ein für alle Teile befriedigendes Resultat erzielt wird.

Die Arbeiter der Berliner Brennstoff-Beschaffungs-Gesellschaft sollen mit der Bezahlung nach dem Lohnsatz der städtischen Arbeiter auch als solche anerkannt werden.

Zusammensetzung der Bezirksämter

Der Magistrat hat ein Ortsgesetz über die Zusammensetzung der Bezirksämter und die Besoldung ihrer Mitglieder beschlossen, welches demnächst in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung kommen wird. Die Zahl der Mitglieder der Bezirksämter soll 9-17 betragen, und zwar wird grundsätzlich die Zahl der besoldeten Mitglieder die der unbesoldeten übersteigen. Die Zahlen betragen in den Verwaltungsbezirken: 7, 9 und 11 8 besoldete und 7 unbesoldete Mitglieder; 1-6, 12 und 17 7 besoldete und 6 unbesoldete Mitglieder; 8, 15, 19 und 20 7 besoldete und 4 unbesoldete Mitglieder; 10, 13, 16 und 18 5 besoldete und 4 unbesoldete Mitglieder.

Beamten der früheren Gemeinden im Bezirk der Stadt Berlin werden bei ihrer Wahl zu Mitgliedern eines Bezirksamtes die bisherigen Bezüge zugesichert. Auf die Gewährung von Ruhegehalt für die Mitglieder der Bezirksämter finden die für die besoldeten Magistratsmitglieder geltenden Bestimmungen der Städteordnung sowie die ortsgesetzlichen Bestimmungen für die Anstellung und Pensionierung der Kommunalbeamten der Stadt Berlin Anwendung.

Verbands-Bildungskommission Berlin-Brandenburg

Dienstag, den 28. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße, Konferenz der Mitglieder der Bildungskommissionen in Groß-Berlin. 1. Vortrag des Gen. Seidel: „Wir führen wir unsere Genossen in die Grundelemente des Sozialismus ein.“ 2. Organisationsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Präkommissions-Sitzung, Montag, den 27., nachmittags 4 Uhr, Breite Straße 11 II. Pünktliches und vollständiges Erscheinen notwendig.

Der Leichenfund in der Blücherstraße ist jetzt ganz aufgeklärt. Auch die Leichenöffnung bestätigte, daß der Reiter Meins II selbst Hand an sich gelegt hat. Die Gerichtsärzte Reiten die typische Verletzung von einem Abschlag eines Selbstmörders fest. Auch die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß ein Selbstmord vorliegt. Meins hat, wie früher schon wiederholt, auch am vergangenen Sonnabend abend wieder seiner Frau gegenüber die Absicht ausgesprochen, sich das Leben zu nehmen und ihr mitzuteilen, daß er dazu bereits einen Revolver gekauft habe. Der Schauspieler Meins hat die Anzeige unterlassen, weil er fürchtete,

daß seine Neigungen im Hause bekannt würden und er seine neu angenommene Anstellung verlieren werde.

Eine Weihnachtsfeier im alten Stille ist am 22. Dezember für die Berliner Schulpolizei in Gegenwart der gesamten dienstfreien Beamten veranstaltet worden. Die Polizeimänner wurden nach dem Dom geführt, wo der Pfarrer Döring, Wilhelms Leihprediger, eine Predigt hielt. Nur Wilhelm fehlte.

Eine Weihnachtsfeier mit vorangehender Bescherung der Kinder der Arbeitslosen veranstaltete der 11. Distrikt am Montag, den 27. Dezember, abends 7 Uhr, in den Vorstadtäulen, Adlerstr. 6-7. Für den sich auf hohem Niveau haltenden künstlerischen Teil des Programms haben u. a. ihre Mitwirkung zugelagt: die Opern- und Sängerin Frau Irmgard Sanber-Lindern, Frau Anne-Marie Ritsch, Herr Leopold Deminik und Herr Felix Stern. Billets zum Preise von 2,24 M. inkl. Tanz sind in der Freiheitspedition von Lohmann, Hufschittenstraße, und bei den Bezirks- und Abteilungsführern zu haben.

6. Distrikt, Bildungskommission. Am 1. Weihnachtsfeiertag, vorm. 1/12 Uhr, findet im Bernhard-Rose-Theater eine Matinee statt. Ansprache: Waldek Manasse, Doppel-Quartett, Rezitationen, Reif Langer, Kammermusik. Karten zum Preise von 3,50 Mark „Freiheit“-Buchhandlung, Galas, Barnimstr. 20 und Junktionäre.

Der 17. Distrikt veranstaltet am 2. Weihnachtsfeiertage nachmittags 6 Uhr eine Weihnachtsfeier. Die künstlerische Leitung hat Leo Kestenberg. Es wirken ferner mit Edwin Biden, Gesang und Nikolaus Lambinern, Bioline. Die Feier beginnt pünktlich 6 Uhr im Schillertheater (Aula), Panstraße Ecke Böttcherstraße. Der Besuch ist allen Genossinnen und Genossen, auch der anliegenden Distrikte, zu empfehlen.

Gewerkschaftliches

Funktionäre des deutschen Holzarbeiterverbandes

Generalversammlungsdelegierte, Betriebsräte, Betriebsobleute, Vertrauensleute!

Am Mittwoch, den 29. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, findet für die auf dem Boden der U. S. P. D. beruhenden Funktionäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Bürgeraal des Berliner Rathauses (Eingang Königsstr.) eine Versammlung statt. Tagesordnung:

1. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Referent: Genosse Dr. Paul Herz.
2. Was lehren uns die Vorgänge im deutschen Metallarbeiterverband?

Funktionärsausweis, sowie Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. Die Geschäftsleitung, J. A. Frik Schneider.

Streik der Theatermusiker

Wie wir hören, werden die sogenannten „Musikalischen Bühnen“, das sind die Operetten-Theater, ab 1. Weihnachtsfeiertag wahrscheinlich ohne Musik sein. Am 18. November hatten die Theatermusiker Groß-Berlins Verhandlungen wegen Gewährung einer Teuerungszulage angeknüpft. Diese Verhandlungen wurden seitens der Direktoren in solch einem Schnedentempo geführt, daß den Musikern jetzt der Gebühlsaden gerissen ist. Sie verlangen Gewährung einer monatlichen Teuerungszulage von 300 M. und sofortige Annullierung dieser Zulage für den Monat Dezember. Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, werden die Operettenbühnen ab 1. Feiertag eben ohne Musik sein.

Gewerkschaftsvorstände (Gewerkschaftskommission, Aia Ortskartell) sowie Obleute und Vorsitzende der Angehörigen und Betriebsräte: Am Mittwoch, den 29. Dezember 1920, vormittags 11 Uhr, findet im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 15, eine Versammlung statt mit folgender Tagesordnung: Diskussion über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Für die Gewerkschaftsvorstände gilt als Legitimation die übersandte Einladung. Für die Betriebsräte außer Mitgliedern auch die Betriebsräte-Legitimation bzw. ein mit Firmenstempel versehenes Bescheinigung des Betriebsrats, daß sie Obleute bzw. Vorsitzende des Betriebsrats sind. (Ohne diese kein Zutritt.) Aia Ortskartell Groß-Berlin, Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

Aus den Organisationen

4. Bezirk, Arbeitlose Genossen, welche mindestens sechs Monate Mitglied sind, müssen sich bis 30. Dezember in der Spedition Sinner melden.
9. Bezirk, Dienstag, abends 7 Uhr, Distriktskonferenz bei Scheibe, Pflanzstraße 2. Alle Funktionäre müssen erscheinen.
15. Bezirk, Montag, 27. Dezember, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Schürmann, Gattiner Str. 11. Pünktlich und vollständig erscheinen.
- Wichtigste, 6. Bezirk, Dienstag, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung im Götter-Bau, Rathhausstr. 8.
- Bezirk Wilmersberg, 5. Bezirk, Die Bezirksversammlung am Montag, den 27. Dezember, soll aus, da keine Schulaula freigegeben wird.
- Schöneberg-Bezirk, Dienstag, 28. Dezember, abends pünktlich 7 Uhr, Bezirksversammlung im Neuen Rathaus, Zimmer 140. Erscheinen eines jeden Bezirksleiters ist unbedingt notwendig.
- Schöneberg-Bezirk, 10. Bezirk, Montag (1. Feiertag), abends 6 1/2 Uhr, Weihnachtsfeier für die Kinder der Arbeitslosen bei Wilmanns, Heringstraße 20.
- Steglitz, Montag, 27. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal von Kausl, Nollstr. 4, Bezirksversammlung statt. Tagesordnung: Nachtagswahl. Die Bezirks-

Eine neue Likörstube

Im Vorderer des Stabliaments Zieka, Einquana Friedrichstr. 59-60, wird heute am 1. Feiertag eröffnet. Die Vödre der bekanntesten und besten Firmen werden in dieser neuen, elegant eingerichteten Likörstube zu Originalpreisen geboten dabei auch die Gelegenheit zu einem vorzüglichen Imbiss.

Vorzügl. abwechslungsreiche Unterhaltung

an beiden Feiertagen am Nachmittage und am Abend werden Zieka's „Heitere Spiele“ und die Künstler-orkestrationen in Zieka's „Margareten-Saal“ bieten. Das Programm ist groß und reichhaltig. Neben den großen Künstlern, wie Gudrun Hildebrandt, den Plunks, diesen merkwürdigen Rollschuhpläutern, den modernen Tanzkünstlern Janos und Olivia wird eine Künstlergarde ersten Ranges für bestes Amusement sorgen. Für Silvester werden schon jetzt der Zieka Vorbereitungen getroffen.

Die gute
MASSARY
Zigarette
urteilen Sie selbst!

MASSARY

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!

Die Mutter als Erzieherin

Neue Aufgaben der Volkshochschule.

Von Johanna Maria (Seib).

Wir Mütter sind die tiefsten Quellen des Lebens! Was eine Mutter fühlt, was sie durchglüht, was und wie sie es erlebt — das wirkt in erster Linie auf ihre Kinder, lebt also weiter in Generationen...

Was wir schaffen helfen, was wir schaffen werden für die Gesamtheit, für die Zukunft, das schaffen wir für unserer Kinder Zukunft! Es ist nicht gleichgültig für uns, was wir heute aufbauen...

Und deshalb müssen wir Mütter mit daran arbeiten, indem wir vom Staate fordern: Umfassende gründliche Ausbildung für unsere Mutterberuf.

Da die Durchführung der weiblichen Fortbildungsschule in absehbarer Zeit wohl noch nicht reiflos geschehen wird, da in ihr wohl mehr berufliche und hauswirtschaftliche Belehrung geboten wird...

Es muß aber endlich aufgeräumt werden mit der ungeheuren Lebens- und Kraftverschwendung, die darin liegt, daß jede einzelne Mutter am eigenen Kind aus Unkenntnis Versuche anstellt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die in ihrer täglichen Wiederholung geradezu ein Verbrechen am Einzelmenschen wie an der Gesamtheit des Volkes ist.

Als Kennerinnen und Könnnerinnen werden wir mit einem ganz neuen Glücksgefühl Wesentliches vom Unwesentlichen unterscheiden können. Aus dem Wissen, Können und Meistern der Pflichten ergibt sich eine umfassende Freudeigkeit, die sowohl der Familie wie auch der Gesamtheit zum Vorteil gereichen wird...

Wir müssen aber sofort den Weg gehen, der uns heranzwingt aus all der Unwissenheit, in der wir befangen sind! Es darf nicht nur bei der Erkenntnis der Notwendigkeit bleiben, sondern sie muß Tatbestand der Gegenwart werden!

Darum müssen wir die Mütter erziehen! Darum müssen wir, die wir so unglücklich gestitten haben unter dem Bollen und Nichtkönnen, unter der drückenden Last des Könnens ohne Vorbereitung, ohne Ausbildung, nachholenden versuchen, was man uns bisher entzog.

zu sein. Viele von uns haben noch Kleinkinder, andere stehen in dem Alter, daß sie die schulentlassene Jugend mit feinerer Erziehungsgunst umgeben müssen, damit sie stark und sich selber treu die rechten Wege zu gehen vermögen...

Aber auch die zukünftigen Mütter müssen teilhaben an den Belehrungen. Sie, deren Entwicklungsgang vom Kind zur Frau durch die marxistischen letzten Jahre führte, sie werden freudig zugreifen, wenn es gilt, Neues in sich aufzunehmen...

Ein Tannenbaum im Schwarzwald steht

Von Gottfried Keller

Ein Tannenbaum im Schwarzwald steht, Der wächst schon manches Jahr, Sein Haupt empor ins Blaue geht, Da fliegt sein grünes Haar.

Die Wurzel hat den Erdengrund Gar inniglich erfast; Und darum bleibt der Baum gesund Wie Süd und Nord auch rast.

Doch alles, was auf Erden ist, Ruh haben seine Zeit: Und auch der Baum zu seiner Frist Zum Fällen ist bereit.

Dann schmückt man ihn, dann führt man ihn Den grünen Rhein entlang, Auf Donau, Spree, nach Wien, Berlin, Mit hellem Sang und Klang.

O Maienlust, o Freiheitsbaum! So jugendlich und grün: Wie wirft du, alter Menschenbaum, Dann ewig, ewig blühn.

machen, das ist der sicherste Weg zur Erfüllung dieser Aufgaben. Die Gemeinschaft der Ehe, das Aufeinanderstellen, es erfordert die Einsetzung der seelischen Kräfte in hohem Maße, da es oft ungeahnte Konflikte mancherlei Art bringt.

Es gibt eine Stätte — die Volkshochschule — an der die allgemeine Schulung der Frau als Erzieherin sofort möglich zu machen ist! Die Volkshochschule will zur Selbsttätigkeit anregen. Ist es nicht auch Wissen, was wir wollen, wenn es auch nicht Wissenschaft genannt wird?

Der äußere Aufbau der Volkshochschule ist gleichfalls passend für unsere Bedürfnisse.

So muß die Volkshochschule allen fern- und wissenshungrigen Mädchen, Frauen und Müttern eine öffentliche Stätte für die freie Gemeinschaftsschulung zum Mutterberuf werden. Wir müssen dieser Forderung zur Wirklichkeit verhelfen, sowohl da, wo Volkshochschulen sind, wie auch dort, wo sie überhaupt noch nicht ins Leben gerufen wurden.

Sozialistisches im alten China

In den Kreisen der Arbeiterschaft dürfte wenig bekannt sein, daß schon in den ältesten Zeiten in China gewisse pazifistische, sozialistische und demokratische Ideen zur Geltung gekommen waren, um deren endgültige Anerkennung wir noch lange ringen werden.

Heute veröffentlichen wir die folgenden kleinen Stücke des chinesischen Philosophen Mong Di, der vor 2200 Jahren gelebt hat. Sie zeigen uns, wie nahe dieser edle Philosoph mit seinen politischen Ideen den sozialistischen Menschheitszielen gekommen ist.

Wann darf man einen Staat annektieren?

Der Staat Ti hatte den Staat Yan angegriffen und besetzt. Da befragte der König den Mong Di und sprach: „Die einen raten mir, den Staat Yan nicht zu annektieren, die anderen raten mir, es zu tun. Wenn ein Staat mit 10 000 Kriegswagen einen anderen gleich starken Staat angreift und ihn in fünfzig Tagen vollkommen in der Hand hat, so ist das ein Erfolg...

Mong Di erwiderte: „Wenn das Volk von Yan mit der Annexion einverstanden ist, so mögt Ihr ihn annektieren. Auch im Altertum kam diese Handlungsweise vor. König Wu ist ein Beispiel dafür. Wenn das Volk mit der Annexion nicht einverstanden ist, so annektiert ihn nicht. Im Altertum kam auch diese Handlungsweise vor. König Wu ist ein Beispiel dafür. Ihr habt mit einem Staat von 10 000 Kriegswagen einen gleich starken Staat angegriffen, und keine Einmohner brachten Speise in Körben und Suppe in Töpfen. Eurem Heer entgingen aus keinem anderen Grunde, als weil sie hofften, durch Euch von einer Not befreit zu werden, so schlimm wie Wasser und Feuer. Wenn Ihr nun noch tiefere Wasser und noch heißere Feuer über sie bringt, so wird die einfache Folge sein, daß sie auch von Euch sich abwenden.“

Müdes Regiment ist wie Regen auf dürres Land

Mong Di trat vor den König von Piang. Als er wieder herauskam, sagte er zu den Leuten: „Ich blühte nach ihm: er sah nicht aus wie ein Fürst. Ich nahte mich ihm: aber ich entdeckte nichts Ehrfürchtgebendes an ihm. Unvermüdet fragte er: Wie kann die Welt gefestigt werden? Sie wird gefestigt durch Einigung, erwiderte ich. Wer kann sie einigen? Wer keine Lust hat am Menschenmord, der kann sie einigen, erwiderte ich.“

Wer kann da mittun? Er erwiderte: Es gibt niemand auf der Welt, der nicht mittun würdel. Habt Ihr, o König, schon das sprossende Korn beobachtet? Im Hochsommer, wenn es trocken ist, da stehen die Saaten well. Wenn dann am Himmel fetter Regen aufziehen und in Strömen der Regen herniederfällt, so richten sich mit Macht die Saaten wieder auf. Daß es also geschieht, wer kann es hindern? Nun gibt es heute auf der ganzen Welt unter den Hürden der Menschen keinen, der nicht Lust hätte am Menschenmord. Wenn nun einer käme, der nicht Lust hätte am Menschenmord, so würden die Leute auf der ganzen Welt alle die Hände reden und nach ihm ausschauen. Und wenn er wirklich also ist, so fallen die Leute ihm zu, wie das Wasser nach der Tiefe zu fließt, in Strömen. — Wer kann es hindern?“

Ismer

Erzählung von Julius Levin

3. Fortsetzung

Es ging, wie es hieß, nach Lüttich zu, einer starken Festung, die man unbedingt nehmen mußte, weil sonst die Sache Ewig ar, wie der Unteroffizier Schlemke meinte. Vier Wochen, achtete Schlemke, werde die Riste mindestens dauern, wenn an Lüttich umging, was aber ein schwerer Fehler wäre, wie sich bald zeigen würde.

Viele tausende Automobile wurden aufgeföhren, um die Daten so schnell wie möglich an Ort und Stelle zu bringen. Auch Ismer bestieg eins. Das war das zweite Mal in seinem Leben, außer die Male, die er im Kraftomnibus geföhren ar, die aber nicht für ihn zählten, da er den Kraftomnibus ar als einen Ersatz für die Elektrische ansah, wenn er auch schneller lief; dafür noch ar.

Schon auf dem Wege begann der wirkliche Krieg. Die Belgier schossen, und aus vielen Häusern, an denen die Kraftwagen vorbeifahren, pfffen die Kugeln der Freischützen.

Ismer blickte in das Getriebe, das so ganz anders war, als er sich ausgemalt hatte. Als Kameraden fielen, machte er ihm den Eindruck, wie wenn sie sich frank meldeten. Er konnte sich anfangs nicht recht vorstellen, daß die lustigen Jungen, die eben noch so prachtvoll gesungen und geschert hatten, nun im Ernst hinsinken und gar liegen bleiben wollten. „Der Tod, der Tod!“ so scholl es plötzlich in Ismers Ohr, ohne daß er recht wußte, wer es ihm hineingerufen hatte.

Nach ehe er sich dessen versehen konnte, war Ismer selbst im Handgemenge. Belgische Soldaten waren plötzlich aus den Feldern aufgetaucht. Die Deutschen flogen von den Kraftwagen und liefen den Angreifern entgegen. Ismer stieß bald mit einliefen von ihnen zusammen.

Er wußte nicht mehr, wie er sich ihrer erwehren sollte. Die Bajonettfechtart war eine gute Sache gewesen auf dem Übungsplatz und im Manöver. Auch jetzt schien sie sich bewähren zu wollen. Aber bald mußte Ismer, daß er sich gegen die Regel ausschlagen und zustoßen mußte, wenn er am Leben bleiben wollte. Das brachte ihn aus der Haltung, und er hatte beinahe Angst davor, der Unter-

offizier könnte es sehen. Kameraden eilten ihm zu Hilfe, und bald lagen die meisten Belgier teils tot, teils verwundet im Graße, das von der Augustsonne ausgeföhren, unter dem Druck der Körper zu Fuß gepreßt schien.

„Vorwärts!“ kam das Kommando. Ismer sprang in einen der letzten noch dastehenden Kraftwagen, der bald mit der vierten Uebertragung zu arbeiten anfing. Das Geratter und Geschnurre des Motors brachte Ismer bald zu seinen Gedanken zurück. Sie wollten sich nicht beruhigen.

Täuschte er sich nicht, so hatte er es mit wenigstens vier Belgiern aufgenommen, die nun sehen konnten, wo sie blieben. Daß Sanitätssoldaten kommen würden, um sie aufzuladen, das fiel ihm gar nicht ein. Uebrigens war er mit seinen Kameraden bald davon überzeugt, daß alle Feinde, mit denen gekämpft worden war, umgekommen sein mußten. Das war gewissermaßen Ehrensache.

Bald hieß es, man war nahe an Lüttich. Man würde fürchten.

Jetzt werde man etwas machen, was schon lange nicht dagewesen sei: eine unbefohlene Festung berennen. Die vordersten Kameraden haben schon begonnen, und wenn die Geschichte nicht gar so wild wäre, könnte man beinahe darüber lachen. Der Kommandant der Festung soll schon in der Zitabelle gefangen genommen worden sein. Gerade, als er ärgerlich Ruhe befohlen hätte, da er glaubte, die Belgier machten Lärm, während in Wirklichkeit die Deutschen einzogen, hätte man ihm erklärt, er sollte sich nicht weiter aufregen. Es wäre schon alles in der schönsten Ordnung. Der General von Emmich habe das Ding gedreht, und bald werde man auch alle Forts haben.

Ismer war bald in der Zitabelle, die von dem Siegesgeschrei der Kameraden widerhallte. Er war einer von den letzten und bekam mit diesen bald den Befehl, dort zu bleiben, da man die Absicht hatte, die Geschichte „gründlich zu büfften“, wie der Unteroffizier sagte, der sich schon von vorneherein für die unbedingte Notwendigkeit der Einnahme Lüttichs ausgesprochen hatte und sich jetzt höchlich etwas Vieles darauf zugute tat, der obersten Heerführung in erfolgreicher Weise die Wege gewiesen zu haben. Man wollte von der Zitabelle aus die Forts beschließen, die sich nicht ergeben wollten, weil ihre Kommandanten sicher zu sein glaubten, daß der General Brialmont sich nicht irren

konnte. Der General Brialmont hatte gesagt, die Türme der Forts wären nicht zusammenzuschießen. Alle lebenden Granaten, wie groß sie auch wären, müßten sich an den Panzerplatten und dem Beton die Zähne ausbeißen. Aber es sollte anders kommen.

Der General Brialmont hatte eben nicht daran gedacht, daß es noch etwas geben konnte, was er nicht wußte. Aber das gab es nun gerade.

Der Krupp in Essen hatte sich mit dem Cranz und dem Nausenberger aus Berlin zusammengetan und Kanonen gebaut, die viel stärker waren, als der General Brialmont sich vorstellen konnte. Die waren 42 Zentimeter breit und schossen alles kurz und klein, wie sich bald zeigen sollte.

Ismer hatte Angst, als er zum ersten Male, wenn auch nur ganz von weitem, hörte, wie die dicke Berta brumme. Aufpassen, ob und wann der Schuß losgehen sollte, zusammenzufahren, wenn man das Hu Hu Hu hörte, die Zeit bis zum Explosionsstrache zu berechnen, das wurde für Ismer eine Art Beschäftigung in Ermangelung einer anderen.

In der Zeit, wo nicht gefeuert wurde, dachte er an Emilie.

Was sie wohl jetzt tat? Ob sie zu Hause blieb? Ob sie Geld hatte? Ob der Frihe selbstständig war?

Am Ende hatte Emilie müssen eine Aufwartestelle annehmen, womöglich bei einem einzelnen Herrn. Das fehlte noch.

Unterstützung mußte sie ja bekommen. Und ein bißchen was war ja auch noch da. Aber vielleicht konnte es nichts schaden, wenn er einige Mark nach Hause schickte. Das mußte auf Emilie ganz gewiß Eindruck machen. Am Ende rührte sie das sogar. Bei Emilie war kein Ding unmöglich. Und überdies, wenn sie Geld bekam, dann hatte sie nachher keine Ausrede.

„Schlau muß man sein!“ Das war Ismers letzter Schluß, dessen Aufkommen er mit einem vor der Geburt erstiktem Lächeln begrüßte, und dessen Wirkung nachhaltig genug war, daß er, sobald er konnte, fünf Mark nach Hause schickte. Fünf Mark, das war so richtig. Nicht zu wenig, so daß Emilie sich nicht ärgerte, und nicht zu viel, so daß sie sich nicht allerlei einbilden konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Alle haben pünktlich und vollständig zu erscheinen. — Mittwoch, 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung der Schulfrau, Koenigstr. 15a. Tagesordnung: Rechnungslegung zum Jahresabschluss. Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Saal 1 gut besetzt.

Bereinskalender
Festlicher Werkmeister-Verband, Betriebs-Ob- und Vertrauensleute der Holzgruppe, Weihnachtsfeier, Donnerstag, 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Räumen des Arbeitervereins, Koenigstr. 15a. Tagesordnung: Rechnungslegung zum Jahresabschluss. Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Saal 1 gut besetzt.

Lebensmittelkalender
Berlin. Best auf den Weihnachtsmarkt. Auf Mittwoch 27. Dezember 1920. Lebensmittelkalender. Berlin. Best auf den Weihnachtsmarkt. Auf Mittwoch 27. Dezember 1920. Lebensmittelkalender.

Haematogen
Marko „Dreistern“
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien
Alleinige Fabrikanten: Berlin-Tempelhof
Fluorescin-Werke

Wohnungs-Tausch
E-Wo-Ge
Oberlandesgerichtsrat
Vermittlung nach Zentral-System D.R.P.

Spezial-Arzt
Dr. C. Genter
Nur Rosenthalerstr. 69-70
Spezialarzt f. Haut, Horn, Frauenleiden.

Für die schulfertigere Jugend
Ins Leben hinein
Verlagsgenossenschaft Freiheit e. G. m. b. H.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Quecksilber, Rotguth, Blei
Erfahrenen Altmetallsortierer

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Möbel-Cohn
Or. Frankfurter Str. 58

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 68, am Hermannplatz, hoch

Wunderbare Pelzmäntel
bis zu 50% ermäßigt!!!
Westmann
1. Geschäft: Berlin W, 2. Geschäft: Berlin NO, Mohrenstrasse 37a, Gr. Frankfurter Str. 115

Metall-Osten
Kupfer, Messing, Blei, Zinn usw.
Erfahrenen Altmetallsortierer

Bahnbrechende Neuerung in der Zuschneidekunst!
„Original-Einheits-System Biallas“
Einfach im Maßnehmen! Sicher in der Anwendung! Leicht in der Bearbeitung! Brauchbar f. jede Körperform!

Kleine Anzeigen

Verkäufe
1000 Waagen und Waagen für alle Zwecke, darunter auch kleine Waagen für den Handel.

Möbel
Küchen, moderne, mit allen Annehmlichkeiten, in der Ausführung, in der Ausführung, in der Ausführung.

Kaufgesuche
Gesucht: ein gut erhaltenes, braunes Lederportemonnaie mit Schlüsselring.

Fahrräder
Fahrrad gesucht, ein gut erhaltenes, braunes Lederportemonnaie mit Schlüsselring.